

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 12. Juni 1930
12. Jahrgang, Nummer 134

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 3,60 Mk., Einzelnummern 15 Pf. Derzeit die Post bezogen monatlich 3,60 Mk., unter Streifenband 3,90 Mk. Knechtenspreis: Die schlesische Arbeiterzeitschrift „Der Arbeiter“ (Raum 12 Pf., Bezahl- und Veranlagungsangabe 6 Pf., Knechtenspreis: Die dreigespaltenen Arbeiterzeitschrift „Der Arbeiter“ im Wert 10 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme u. der Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Spezial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 500 20.
Wohlfahrtsamt: Breslau 544, Postamt Breslau, Trebnitzer Str. 50, Tel. 339 03. Geschäftszeit der Redaktion von 12-14 Uhr.
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Offizieller Postkasten 41210, Geschäftszeit 20, Tel. 4088; Oppeln, Hauptstr. 11, Tel. 1204; Opatowitz, Hauptstr. 6, Tel. 2384. Geschäftszeit 8-12 Uhr. Geschäftsamt: Hauptverlagsort Breslau, Geschäftszeit Breslau. — Verlags-Gesellschaft, m.b.H., Bresl. — Druck: „Reubach“, All. Breslau, Trebnitzer Str. 50

Ginem Katastrophenwinter entgegen

Keine Abnahme der Erwerbslosenzahl / Ueber eine Million Arbeitslose mehr als im Vorjahr Am 16. Juni heraus zum Protest gegen die Raubpläne der Brüning-Regierung

Berlin, 12. Juni. Die Reichsanstalt verbreitet für die Zeit vom 16. bis 31. Mai einen Bericht, in dem es u. a. heißt:
Einem Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um nicht ganz 80 000 — gegenüber 130 000 im vorigen Berichtsjahr — steht ein verstärkter Zuwachs der Krisenunterstützten um rund 15 000 gegenüber. Auch die Zahl der Arbeitsuchenden hat nur um rund 63 000 abgenommen.
Am 31. Mai wurden in der Arbeitslosenversicherung 1 550 900, in Krisenunterstützung 338 338 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Ueberlagerung um rund 875 000 Unterstützte.

An verfügbaren Arbeitsuchenden waren Ende Mai bei den Arbeitsämtern noch rund 2 689 000 gemeldet. Hier von müssen noch Abzug der noch in gefündigter oder ungefündigter Stellung oder in Arbeitslosigkeit befindlichen rund 2 637 000 als arbeitslos gelten. Der Unterschied dieser Zahl gegenüber dem Vorjahr ist auf beinahe 1 290 000 angewachsen.

Anzeichen für ein beginnendes Weichen der Depression, die auf der Wirtschaft lastet, sind bis jetzt weder aus den Gesamtzahlen, noch aus den Berichten über die einzelnen Berufsgruppen zu entnehmen.
Im Mai dieses Jahres ist aber die Zahl der Wohlhabendsten der Arbeitslosenversicherung nicht mehr oder noch nicht erhalten blieben und infolgedessen von der Gemeinde laufend unterstützt werden müssen, stark angestiegen. Am 31. Mai wurden, wie der Deutsche Städtetag mitteilt, in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern, die zusammen 25 Millionen Einwohner haben, 350 000 Wohlfahrtsarbeitslose laufend unterstützt. Am 30. April sind dagegen 327 000 und am 31. März 315 000 Wohlfahrtsarbeitslose gezählt worden. Die Zunahme im Mai beträgt 7 Prozent gegen den Vormonat. Außerdem wurden am 31. Mai noch 34 000 Arbeitslose, welche die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhalten, von der gemeindlichen Wohlfahrtspflege laufend zusätzlich unterstützt.

Im Hochsommer, wo nach der Auffassung der bürgerlichen „Wirtschaftspolitiker“ die geringste Arbeitslosigkeit sein dürfte, haben wir nie dagewesene Zahlen. Alles deutet darauf hin, daß die „Ankurung der Wirtschaft“, um die sich die Führer der Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften bemühen, lediglich in dem Abbau der Löhne bestehen wird, bei gleichzeitigem Vorhandensein einer riesigen Erwerbslosenarmee. Alles deutet darauf hin, daß der kommende Winter ein Katastrophenwinter sein wird.
Der Kapitalismus ist unfähig, das Erwerbslosenproblem zu meistern, den Erwerbslosen Brot und Arbeit zu geben.

Erst die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung, die Inangriffnahme des Aufbaues des Sozialismus ermöglicht es, die Erwerbslosigkeit zu beseitigen, die Löhne zu heben, die Produktion zu steigern. Die Meldungen aus Sowjetrußland sind durchschlagende Beweise!

Erwerbslose, Betriebsarbeiter, ihr habt nichts zu verlieren! Nehmt den Kampf gegen den Unterdrückungs- und Lohnabbau auf! Heraus am 16. Juni, am Tage der Reichstagsöffnung, zu Protestversammlungen und Demonstrationen!

Erwerbslosent Konferenz für den Unterbezirk Breslau

Die unvermindert anhaltende Erwerbslosigkeit, der neue rigorose Abbau in der Arbeitslosenversicherung, sowie das andauernde Steigen der Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen, die hauptsächlich dem Verhungern ausgesetzt sind, machen es erforderlich, daß Maßnahmen ergriffen werden, um den Kampf gegen den Hungerfeldzug der Unternehmer und der Regierung zu organisieren. Zu diesem Zweck wird für den Unterbezirk Breslau für
Sonntag, den 22. Juni, vormittags 9 Uhr, nach Breslau, Lokal „Selber Löwe“, Dornstraße 23, 1, eine Erwerbslosent Konferenz einberufen mit folgender Tagesordnung:
1. Die Weltwirtschaftskrise, der neue Abbau und der Kampf der Erwerbslosen um Arbeit und Brot.

2. Freie Aussprache.
Zu dieser Konferenz müssen sämtliche Erwerbslosen-Ausschüsse im Unterbezirk Breslau ihre Vertreter entsenden. Erscheinen müssen unbedingt die Orte Breslau, Ohlau, Peiskermitz, Brieg, Strehlen, Dels, Trebnitz, Prausnitz, Neumarkt, Königsfeld, Roberwitz, Deutsch-Lissa. Alle anderen Orte müssen versuchen, ebenfalls Delegierte wählen zu lassen. Sämtliche Anwesenheiten, wie Fahrgeld und Essen, müssen von den Delegierten getragen werden.
Die Betriebe im Bereich des Ortes müssen ebenfalls vom örtlichen Erwerbslosen-Ausschuß angefordert werden. Vertreter zu Bezirksamtliche Schlesien der NSD., Landes-Erwerbslosen-Ausschuß Schlesien.

315 000 Erwerbslose in Berlin

Berlin, 12. Juni. Im Bereich des Landesamtes Brandenburg waren am 1. Juni 412 985 Mann erwerbslos, davon waren nur 294 187 durch die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützt. Im Bericht des Landesamtes heißt es u. a.:

„... Die katastrophale Höhe der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zeigt sich darin, daß Ende Mai die Zahl der Arbeitsuchenden im Revier des Landesamtes Brandenburg noch um fast 15 000 Personen höher lag, als zur Zeit der größten Arbeitslosigkeit im Katastrophenwinter des vergangenen Jahres.“
Aber in Berlin waren am 1. Juni 314 057 erwerbslos. Besonders schwierig sind die Verhältnisse auf dem Bauplatz, in der Metallindustrie und in der Holzindustrie.

Massenentlassungen in der schlesischen Glasindustrie

H. Hoyerwerda, 12. Juni. Die Hohlglas-Hüttenwerke von Strangfeld & Hannemann haben ihren sämtlichen Leuten, selbst den zur Zeit erkrankten Arbeitern, gekündigt. Als Grund wird vollständige Absatzlosigkeit angegeben. Durch diese Maßnahme werden am 20. Juni wieder 530 Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos. — Auch die Dachziegelwerke Gebr. Weist in Döngershausen haben Antrag auf die Stilllegung des ganzen Betriebes eingereicht.

Entlassungen und Stilllegungen überall

In Stuttgart hat das Hauptwerk Bosch und Feuerbach die Entlassung von 700 Arbeitern und Arbeiterinnen angemeldet.
Im Zwidauer und Lugau-Deisnitzer Steinkohlenrevier sind weitgehende Rationalisierungsbestrebungen im Gange. Es wird geplant, eine Anzahl von kleinen Gruben vollkommen stillzulegen und im übrigen eine Konzentration der vorhandenen Aktiengesellschaften durchzuführen. Die Aktien befinden sich zum größten Teil im Besitz des sächsischen Staates und der Städte Leipzig und Zwickau.

Produktionssteigerung in Sowjetrußland

Moskau, 12. Juni. Die „Pravda“ teilt mit, daß der Rappha-Export „Asneft“ seine Produktion dauernd steigern konnte. Die Rapphaproduktion stieg von 868 468 Tonnen im März, auf 916 500 im April und ist weiter im Mai auf 927 931 Tonnen gestiegen. Die einzelnen Kohlenruffs Sewlammogol haben im Mai mit 106,1 Prozent, Donbassmanthrajit 103,5 Prozent, und Stalingal mit 101,4 Prozent das Monatsprogramm erfüllt. Die „Swestija“ bringt die Mitteilung, daß auf dem Werk „Krasnyj Putolowez“ im Rajonat 19 Traktoren hergestellt worden sind. Im Aprilmonat wurden 50 Traktoren hergestellt. In den vorhergehenden Monaten durchschnittlich 500.

Vom Mansfelder Kampfgebiet



Der proletarische Selbstschutz marschiert auf

Halle, 12. Juni. In Eisleben fand eine Sitzung der erweiterten zentralen Streikleitung statt. Aus dem ganzen Mansfelder Land waren die Mitglieder der Zentralkomitee erschienen, um über die zur erfolgreichen Fortsetzung des Kampfes notwendigen Maßnahmen zu beraten. Genosse Koenen sprach über: „Die Streikleitung als einzige Führung im Kampfe.“
Von den 141 Mitgliedern der Streikleitungen der einzelnen Berle sind 89 Parteiloje.

ein Zeichen, in wie hohem Grade die revolutionären Streikleitungen die Organe der Einheitsfront sind.
Vom Tage
Die Besprechungen zwischen den Führern der Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften über den Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft sollen heute fortgesetzt werden.

Die Gerüchte, wonach Moldenhauer infolge von Widerständen in seiner eigenen Fraktion zurücktreten will, werden amtlich dementiert.

Die bayrische Regierung hat die für Sonntag angekündigte Versammlung der Nationalsozialisten in der u. a. Hitler und Friedprehen wollten, verboten.

Die Veruche der Mansfeld AG., mit hinterhältigen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen, müssen durchkreuzt werden. In Hettstedt und Eisleben werden auch Angelegtenversammlungen stattfinden. Am Mittwoch fand in Eisleben eine Demonstration für die sofortige Auszahlung aller Restlöhne statt.

Wieder Nazi-Freheiten in Schweidnitz

Schweidnitz, 12. Juni. Am zweiten Verhandlungstag im Nazi-Prozess kam es wieder zu Ausschreitungen der Banditen. Sie beschimpften den Rechtsanwalt der Gegenpartei und drohten sogar „die Alten verschwinden zu lassen“. Im übrigen gaben sie zu „ständig auf die Versammlungsteilnehmer dreingefahren zu haben“. Am heutigen Donnerstag wird Hitler und großes Theater erwartet.

Nazi-Uniform in Preußen verboten

Berlin, 12. Juni. Der preussische Minister des Innern hat einen Erlass an sämtliche preussische Polizeiverwaltungen gerichtet, der das öffentliche Tragen der Parteiformen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einschließlich ihrer Partei- und Nebenorganisationen für den Bereich Preußen verbietet.

Nordwest-Schiedspruch und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft

Von Paul Wesche

Der vom Zentrumminister Stegerwald, dem Führer der christlichen Gewerkschaften, verbindlich erklärte Schiedspruch für die 200 000 Metallarbeiter der Schwerindustrie des Ruhrgebietes, muß die gesamte Arbeiterschaft alarmieren. Er leitet eine neue Etappe von Wirtschaftskämpfen ein, in der die Bourgeoisie mit Hilfe ihres Staatsapparates dazu übergeht, die Verdienste der Arbeiter direkt zu senken. Die bisherige Art des indirekten Lohnabbaues durch Massenbesteuerung, Zollerhöhung und Sozialabbau, genügt bei dem durch die heranreifende Wirtschaftskrise verursachten allgemeinen Sturz fast aller Weltmarktpreise nicht mehr. Herabsetzung der Produktionskosten durch direkte Senkung der Arbeiterverdienste sollen der deutschen Schwerindustrie die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erweitern und gleichzeitig ihre Profite steigern.

Der verbindlich erklärte Nordwest-Schiedspruch ist die erste Etappe in der vor Monaten durch das Trustkapital eingeleiteten Lohnabbauoffensive. In Tausenden von Betrieben haben die Unternehmer Betriebsbeschränkungen und Massenentlassungen vorgenommen.

In vielen Betrieben versuchten sie, die Löhne unter dem jermürenden Druck der Massenverwerflichkeit herabzusetzen. In verschiedenen Betrieben gelang es den Arbeitern unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, eine einheitliche Front der betroffenen kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter herzustellen, mit der nicht nur der Lohnabbau abgewehrt, sondern darüber hinaus noch Maßregelungen verhindert und Lohnerhöhungen durchgeführt werden konnten. Diese einzelnen betrieblichen Kämpfe zeigen aus jezt wieder der Arbeiterschaft den einzig möglichen Weg der tatsächlichen Aufnahme des Kampfes unter selbstgewählter revolutionärer Leitung, auf dem der neue Anschlag gegen die Arbeiterklasse abgewehrt werden kann.

Der Nordwest-Schiedspruch, der den Schwerindustriellen die Möglichkeit gibt, die Arbeitspreise um 7 1/2 Prozent und mehr herabzusetzen, ist die offene Indienstellung des Staatsapparates zur Durchsetzung des Lohnabbaues. Den christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern müßten jetzt die letzten demokratischen Illusionen verfliegen, als ob es unter Ausnutzung des Staatsapparates durch ihre Führer möglich sei, die Unternehmerangriffe abzuwehren. Der politische und wirtschaftliche Druck genügt die von den sozialfaschistischen Führern gepflanzten Hoffnungen auf „Wirtschaftsdemokratie“. Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die bisher in der Regierung und auch sonst überall die Lohnabbauoffensive des Trustkapitals vorbereitet und gefördert haben, fehlen auch in dieser historischen Stunde nicht, um ihre Verbrechen an der Arbeiterklasse zu vollenden.

Seit Wochen verhandeln sie mit den Industriekapitalen um die Herstellung einer engen Arbeitsgemeinschaft zum Abbau der Löhne. Im Prinzip sind sie trotz aller demagogischen Reden damit einverstanden. Sie suchen lediglich nach einer Formel, die der Arbeiterschaft den Lohnabbau schmackhaft machen soll. Diese Formel ist schon gefunden und vor Jahren schon von den nationalfaschistischen Wertvereinen propagiert worden. Während jene damals aber noch nur die Herabsetzung der Preise unter Beibehaltung des bestehenden Lohnniveaus forderten, sind die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer bereit, ein kleines Schachergeßel zu machen. Ihre Formel lautet demagogisch: Lohnabbau nur gegen Preisabbau. Dabei ist der Reallohn durch Verteuerung der Lebenshaltung ununterbrochen immer tiefer gesunken worden, und längst ist ein beträchtliche Lohnerhöhung unbedingt notwendig. Wenn jetzt die Unternehmer, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu werden, die Eisenpreise etwas senken sollen, so wird sich das nicht verbilligend auf die proletarische Lebenshaltung auswirken, die durch das neue Raubprogramm der Brüning-Regierung noch mehr verteuert werden wird.

Die sozialfaschistischen sind mit ihrer Stellungnahme politisch noch unter das Niveau der faschistischen Wertvereine gesunken. Sie haben zu der Verbindlichkeitsklärung nichts Ernstliches zu sagen. So bezeichnet der „Vorwärts“ vom 11. Juni, als Zentralorgan der SPD, Stegerwalds Verbindlichkeitsklärung lediglich als „schlimmsten Dilettantismus“, was soviel heißen soll, als daß sein „Ehrendoktor“ Wiffel besser gemacht hätte. Kein Wort von der Sammlung der Arbeiter zum Kampf. Kein Wort von der Zusammenfassung der Kräfte des Mansfelder Gebietes, der Bergarbeiter, der Metallarbeiter Sachsens, Berlins, Mitteldeutschlands und Thüringens, für die ebenfalls der Lohnabbau auf der Tagesordnung steht. Kein Wort, daß die Stegerwald-Aktion den mit staatlichen Nachmitteln erzwungenen Lohnabbau für alle Arbeiter und sofort für die Bergarbeiter einleiten soll. Lediglich ein widerliches Gemächel von der im Schiedspruch fehlenden „Garantie der Schwerindustriellen“ über den Abbau der Preise. Der „Vorwärts“-weisheit letzter Schlag sieht so aus:

„Wennfalls könnten die Arbeiter bei den Arbeitsgerichten, bis hin zum Reichsarbeitsgericht klagen.“

Das ist alles, was die Sozialdemokratie, als die, wie sie sich nennt, „häufigste Arbeiterpartei“ den Arbeitern gegenüber dem Frontalangriff des Trustkapitals zu sagen hat.

Der Metallarbeiterverband hat angeblich an seine Mitglieder die Anweisung gegeben, sich jeder Lohnsenkung zu widersetzen. So tröstet sich der „Vorwärts“. Welchen Wert diese Anweisung hat, werden die nächsten Wochen erweisen, wenn sich die Ruhrmetallarbeiter unter der Führung selbstgewählter Kampfleitungen gegen den Lohnabbau zur Wehr setzen und für die Duisburger Forderungen der RGO den Kampf aufnehmen werden. Und dann spricht diese ominöse Anweisung lediglich von „Lohnsenkung“. Unter Lohn verstehen diese Herrschaften aber den Tariflohn. Und den wollen die Unternehmer zunächst auch nicht senken. Der bewegt sich im Ruhrgebiet zwischen 66 und 90 Pfennig, wozu für hochqualifizierte Lohnarbeiter Leistungsprämien kommen und für Affordarbeiter 15 Prozent Affordmehrdienst.

Die Unternehmer wollen den durch Prämien und fortwährend gesteigerte Antreiberei von den Arbeitern erzielten Mehrerwerb, der oben genannten Tariflohn plus 15 Prozent übersteigt, abbauen. Nach einer Berechnung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Juli 1923 beträgt der Gesamtarbeitslohn 113 Pfennig pro Stunde, wobei es Spitzenverdienste von mehr als 2 Mark die Stunde bei besonders qualifizierten Arbeitern gibt. Tariflohn plus 15 Prozent macht 129 Pfennig pro Stunde aus. Die Differenz zwischen dem Spitzenverdienst und dieser Summe wollen die Unternehmer abbauen. Da mehr als 60 Prozent in Afford arbeiten, ergibt sich für die Unternehmer eine ungeheure Summe, die ihnen dieser Schiedspruch in den Schoß wirft. Gegen solchen Lohnabbau kämpft die Bürokratie nicht, hat doch der

So sieht der neue Unterstütkungsraub aus

Der Inhalt des neuen Raubgesetzes — Die brutalen Vorschläge der Reichsanstalt übertrumpft

Die Vorlage der Reichsregierung zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, die bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat und Reichstag zugeht, wird bereits in der Presse erörtert. Dabei stellt sich heraus, daß die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die wir nach ihrem Bekanntwerden ausführlich besprochen haben, noch weit übertraffen werden. Soweit Meldungen über die brutalen Pläne der Reichsregierung vorliegen, geben wir sie nachstehend wieder.

Große Gruppen der versicherungspflichtigen Beschäftigten sollen aus der Versicherung und damit vom Unterstütkungsbezug ausgeschlossen werden. Dazu gehören fast alle Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ferner sollen alle die „geringfügigen Beschäftigungen“ versicherungsfrei bleiben, die nicht mehr als 30 Arbeitsstunden wöchentlich beanspruchen und für die kein höherer Arbeitsverdienst als 10 Mark wöchentlich oder 45 Mark monatlich bezahlt wird. Bisher war die Grenze bei geringfügigen Beschäftigungen 24 Arbeitsstunden in der Woche und 8 Mark wöchentlich bzw. 35 Mark im Monat Arbeitsverdienst.

Fürsorgerecht soll nur dann als Anwartschaftszeit berechnet werden, wenn die Beschäftigung mindestens 48 Stunden pro Woche beträgt und tarifliche oder ortsübliche Löhne bezahlt werden. Bisher konnten sich die städtischen Wohlfahrts- und Fürsorgearbeiter durch ihre Tätigkeit eine Anwartschaft auf Unterstütkung erwerben.

Einen direkten Unterstütkungsentzug bedeutet die neue Vorsage für solche Arbeitslosen, die angeblich durch eigenes Verschulden ihren Arbeitsplatz verlieren. Bei „selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit“ wurde bisher eine Sperre von vier bis acht Wochen verhängt. In der neuen Vorsage heißt es, daß solche Arbeitslosen erst dann Unterstütkung erhalten, wenn sie „nach der Aufgabe oder dem Verlust der Arbeitsstelle die Anwartschaftszeit neu erfüllt haben“.

Wird Krisenunterstütkung gewährt, weil die Arbeitslosen noch nicht die Anwartschaft für die Versicherungsunterstütkung, infolge Arbeitsmangels, beibringen können, so wird die Krisenunterstütkung auf spätere Versicherungsunterstütkung angerechnet.

Bei Ehegatten, die keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben, wird, wenn sie beide arbeitslos werden, die Unterstütkung, und zwar der niedere Satz, um die Hälfte gekürzt. Das Arbeitseinkommen eines Ehegatten soll auf die Unterstütkung

des anderen angerechnet werden, sofern es 35 Mark in der Woche übersteigt.

Die Wartegeld soll für alle Arbeitslosen, die keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben, auf 14 Tage festgesetzt werden. Da die Unterstütkung erst mit dem Ablauf der Unterstütkungswoche ausgezahlt wird, so haben alle diese Arbeitslosen drei Wochen lang zu warten, ehe sie Unterstütkung bekommen.

Die rigoroseste Bestimmung trifft alle diejenigen Erwerbslosen, die infolge ihrer kurzen Arbeitsperioden nicht imstande sind, eine Anwartschaft von 52 Wochen nachzuweisen. Sie lautet:

„Arbeitslose der Lohnklassen VII—XI erhalten die Unterstütkung ihrer Klassen nur, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf dem Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosentstütkung gewährt worden ist.“

Im anderen Falle werden die Sätze der Hauptunterstütkung auf die Sätze des Krisenfürsorge herabgesetzt, d. h. es tritt eine Kürzung um 1,48 Mk. in der Lohnklasse 7, steigend bis auf 6,30 Mk. in der Lohnklasse 11 pro Woche ein.

Die Beiträge dagegen sollen nicht nur auf 4 Prozent, nach dem Vorschlage des Vorstandes der Reichsanstalt, sondern sogar auf 4 1/2 Prozent der Löhne und Gehälter erhöht werden.

Die Reichsregierung will diesen brutalen Raubzug auf die Taschen der Arbeitenden und Erwerbslosen beschleunigt durchführen. Schon am 1. Juli sollen die neuen Bestimmungen in Kraft treten.

Arbeitslose und Betriebsarbeiter müssen sofort alle Maßnahmen treffen, um diesen neuen Schandstreich gegen ihre Lebenshaltung abzuwehren. Die Organe der revolutionären Gewerkschaftsopposition haben die Pflicht, die Arbeitermassen zu diesem Kampfe zu sammeln und den Kampf für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für höhere Löhne und für eine ausreichende Versorgung der Arbeitslosen zu organisieren.

Stuttgart, 11. Juni. In Stuttgart hat das Hauptwerk Bosch & Feuerbach die Entlassung von 700 Arbeitern und Arbeiterinnen angemeldet.

Die korrupten SPD.-Spiegelmethoden

Weitere Enthüllungen aus dem sozialdemokratischen Spiegelsumpf

Noch immer schweigen Essener Volkspresidium und SPD.-Presse zu den täglichen Enthüllungen des „Kuhrethos“ über das Spiegelsystem bei der von den Sozialdemokraten organisierten preußischen Polizei. Schlag auf Schlag legt unser Essener Bruderorgan seine Enthüllungen fort. Aus dem umfangreichen Material geben wir heute folgendes wieder:

In der Besprechung im Café Wille machte der SPD.-Kriminalbeamte Korff unserem Genossen Göbel den Vorschlag, ihm falsches Material über Spiegel in der Partei zu liefern, damit er sich für den Fall, daß sie beide einmal entbeet würden, der Partei gegenüber ein Alibi verschaffe.

Dann übergab er für das bisherige „Material“ dem Genossen Göbel 40 Mark und erklärte, er habe 100 Mark bekommen, die Hälfte gehöre jedoch ihm und die 10 Mark, die noch fehlten, habe er auch für seine „Auslagen“ behalten.

Diese Praxis der Halbierung und der 10 Prozent Inzasso übte Korff auch nachher. Getreu der Anweisung der Partei ging Genosse Göbel auf alle diese Sachen ein.

Nach dieser Unterredung wurde Korff ein gefälschter Monatsbericht der „bevorzugten Abteilung“ der Partei ausgehändigt, in dem von kommunistischen Erfolgen innerhalb der Polizei die Rede war. Allerdings enthielt das Schreiben auch einiges Material, das der Polizei zeigen mußte, daß die Partei tatsächlich über die Vorgänge in Waentigs Reich orientiert ist.

Zu der nächsten Unterredung kam Korff infolgedessen mit dem Auftrag, alle seine Mienen springen zu lassen, um unbedingt im Zusammenhang mit dem erwähnten „Bericht“ die Vertrauensleute der SPD. bei der Polizei festzustellen. Dabei übergab er Göbel 16 Mark. Ferner jühlte sich Korff wie ein kleiner Columbus darüber, daß es ihm gelang, nach langem

Hin und Her aus den Buchstaben „Bo.“ in diesem Bericht das Wort Bochum zu entziffern.

Dann verlangte er einen genauen Bericht vom Bezirksparteitag und eine Liste der neugewählten Mitglieder der Bezirksleitung und versprach dann, nach Düsseldorf zur Regierung zu fahren, „um dort Geld zu liquidieren“.

Da Genosse Göbel nach Duisburg fuhr, verabredete man, sich im Zuge zu treffen. Ehe sie sich trennten, gab Genosse Göbel dem Korff noch einen geheimnisvoll chiffrierten Zettel mit der Bemerkung, daß es sich vielleicht um eine Meldung der Vertrauensleute der Partei handeln könne, aus der hervorgeht, daß er, Göbel, mit Korff diese Verbindung habe.

Korff nahm den Zettel mit dem Versprechen mit, seine Geheimnisse zu entziffern.

Am nächsten Tage überreichte im Zug Genosse Göbel dem Korff prompt eine Liste der „neuen Bezirksleitung“, die wahllos und falsch aus in der Presse veröffentlichten Kandidatenvorschlägen zur Stadtverordnetenwahl zusammengestellt worden war. Außerdem erhielt er eine Liste von sechs Mitgliedern der „roten Schupozelle“, die natürlich nur die Namen von bekannten Prügelhelden der Schupo enthielt. Dann erklärte er, daß er auch noch den Namen eines hohen Beamten der Polizei, der „mit der SPD. in Verbindung stehe“, nennen könne. Das brachte Korff ganz aus dem Häuschen. Diese Sache müsse man extra machen. „Dafür müssen 400,— Mark fallen.“

Zwei Tage später überbrachte er auch dem Genossen Göbel 120,— Mark. Dabei verlangte er aber unbedingt den Chifferschlüssel für den vorher erwähnten geheimnisvollen Zettel. Die Polizei war nicht imstande, ihn selbst zu entziffern.

(Was der geheimnisvolle Zettel enthielt, werden wir morgen unseren Lesern verraten.)

Rechtsberater des DMB. auf der Beiratsitzung in Stuttgart im April unter Zustimmung des gesamten Beirats die Auffassung vertreten:

„daß man gegen Affordabzüge in Betrieben nichts machen könne. Geschehe das doch, dann würde damit seitens des Verbandes gegen die Tarifriedenspflicht verstoßen und der Verband mache sich schadenhaftpflichtig. Also könne man dagegen nicht kämpfen.“

Also aus juristischen Gründen? Nein! Diese sind nur ein Vorwand, um die Untätigkeit der Bürokratie zu verschleiern. Politische Gründe sind es, die sie auch diesmal wieder zum Betrug der Arbeiter zwingen. Sie denken gar nicht daran, in der Wetterede des Deutschen Reiches den Kampf aufzunehmen zu lassen. Ihre Parole ist: Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, Sicherung der Rentabilität auf Kosten der Arbeiter. Wenn die deutsche Arbeiterklasse sich frei macht von dieser verräterischen Führung und unter revolutionärer Führung der SPD. und RGO. in den Kampf tritt, gegen Lohnabbau, für ihre eigenen Forderungen, Siebenstundentag bei Lohnausgleich und 20 Pfennig Lohnerhöhung, dann hat die sozialfaschistische Herrlichkeit ein Ende. Das wissen jene und darum verhindern sie Kämpfe — so lange sie können.

Sie können aber nicht mehr — sobald die Arbeiter die Lohnabbauoffensive des Trustkapitals mit der Gegenoffensive beantworten.

Der verbindlich erklärte Schiedspruch muß durch den Streik der Arbeiter geslagen werden. Die Arbeiter dürfen nicht darauf warten, daß die verräterische Gewerkschaftsbürokratie ihnen die Erlaubnis zur Aufnahme des Kampfes gibt. Sie müssen sich vielmehr sofort und überall da, wo die Unternehmer es wagen, auch nur einen Pfennig von den Affordpreisen abzuziehen, zusammenfinden und unter selbstgewählter Streikleitung in den Streik treten.

Ob kommunistische, sozialdemokratische, christliche oder unorganisierte Arbeiter, alle zusammen trifft die Verhängung von Unternehmern, kapitalistischem Staat und Gewerkschaftsbürokraten gleich hart. Sie müssen zusammenstehen, um gegen diesen Dreißund ihre revolutionäre Einheitsfront in den Betrieben aufzurichten. Der Lohnabbau muß mit dem Streik unter revolutionärer Führung beantwortet werden, und darüber hinaus muß die Ruhrarbeiterschaft um die Forderungen der Duisburger Konferenz kämpfen.

Gegen Lohnabbau.
Für Lohnerhöhung.

Für den Siebenstundentag bei Lohnausgleich.

Das deutsche Proletariat sieht gespannt nach dem Ruhrgebiet, von wo auch diesmal wieder, wie schon so oft, ein neuer Raubzug gegen die Arbeiterklasse beginnt. Die kommunistische Partei und die RGO. werden alle Kräfte einsetzen, um die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse zu wecken und die Voraussetzungen für den Sieg der Ruhrmetallarbeiter zu schaffen.

Für die Rote Gewerkschaftsinternationale gegen Amsterdam

Rüstet zum 5. KÖZ.-Kongress

Das Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:

In den Wirtentrach von Neuport, in der ungeheuren Verdrückung von Produktionsmitteln, der riesenhaften Erwerbslosigkeit, den brutalen Anschlägen des Unternehmertums auf die Löhne und der kapitalistischen Regierung auf alle sozialpolitischen Positionen der Arbeiterklasse findet die heranwachsende Weltkrise des kapitalistischen Systems immer krasser, immer eindeutiger ihren Ausdruck.

Sechs Millionen Erwerbslose im Land der kapitalistischen Mächte, in den Vereinigten Staaten von Amerika! — Drei Millionen Erwerbslose in Deutschland!

Eine neue Rationalisierungswelle mit Massenentlassungen, Steigerung des Arbeitsstempels und der Arbeitsleistung vermehrt die Ausbeutung, vergrößert die Arbeitslosigkeit. Zollraub und Steuerwucher steigern das Elend der Massen. Angriffe auf die Erwerbslosen, Lohnbauoffensive in den Betrieben, — das sind die beiden Hauptpunkte der kapitalistischen Hungerfeldzuges gegen die Arbeiterklasse. Um den Widerstand des Proletariats zu brechen, geht die Bourgeoisie, gestützt auf ihre national- und sozialfaschistischen Palatin, immer brutaler zu den Herrschaftsmethoden des Faschismus über. Blutige Arbeitermorde der nationalsozialistischen Banden, die von den Unternehmern ausgehen und großzügig gefördert werden, gehen Hand in Hand mit der Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates und der immer stumpferen faschistischen Entwicklung der Sozialdemokratie und reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

In dieser Situation treten zwei Internationale Gewerkschaftskongresse zusammen — der 5. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale, dessen Tagung am 15. August in Moskau beginnt, und die Tagung der Amsterdamer KÖZ. vom 7. bis 11. Juli in Stockholm.

Revolutionärer Klassenkampf zum Sturze der kapitalistischen Profitwirtschaft oder Wirtschaftskrisen mit den Kapitalisten — das ist die Frage, die durch diese beiden Tagungen von neuem unmittelbar vor jedem Arbeiter aufgerollt wird.

Heute, nach zehnjährigem Bestehen der Roten Gewerkschaftsinternationale, kann die Klassenbewusste Arbeiterschaft mit Stolz sagen, daß neben der kommunistischen Internationale die KÖZ. das wichtigste Bollwerk der Arbeiterschaft ist. Durch den Kampf und die Arbeit der KÖZ. sind große Massen der Arbeiterschaft für die revolutionäre Bewegung gewonnen worden. In Deutschland bekennen sich immer breitere Schichten der Klassenbewussten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Roten Gewerkschaftsinternationale. Unter den Massen der Unorganisierten wächst das Vertrauen zu den Kampfmethoden der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Aber auch unter den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß der

Reformismus die Interessen des Kapitals im Lager der Arbeiterschaft vertritt und nur die Opposition, nur die Rote Gewerkschaftsinternationale den Kampf zur Ueberwindung des Elends der kapitalistischen Lohnsklaverei zu führen vermag.

Auf dem 5. Kongress der KÖZ. versammeln sich die Arbeiterdelegierten der Betriebe, Gewerkschaften und Arbeitsnachweise aus allen Ländern, um in erster Selbstkritik an allen Mängeln der Revolutionären Opposition die Waffen des Klassenkampfes zu überprüfen und neue zu schmieden. Nur die KÖZ. ist, getreu den Prinzipien des Marxismus und des revolutionären Klassenkampfes, die Vorkämpferin für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse, die durch die Amsterdamer Führer und die reformistischen Gewerkschaftspalter in allen Ländern vernichtet wurde.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale organisiert alle Arbeiterschichten ohne Unterschied der Rasse, des Alters und des Geschlechts zum revolutionären Klassenkampf. Die KÖZ. wendet in ihrer Arbeit ihre ganze Anteilnahme vor allem auch den Arbeiterinnen und Jungarbeitern und der Vertretung der Interessen dieser besonders ausgebeuteten Schichten des Proletariats zu. Auf dem 5. Kongress wird deshalb über die Fragen der Jugendarbeit ein besonderer Bericht erstattet und eine besondere Tagung der Arbeiter-

rinnen abgehalten werden. Auch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in Deutschland schlägt mit der Schaffung der Arbeiterinnenkomitees und Jugendkomitees den Kurs zur Verteidigung der Interessen dieser unterdrückten Schichten der Arbeiterklasse mit vollem Nachdruck ein.

So ist der Moskauer Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale eine wahre Vertretung aller Schichten der arbeitenden Menschheit, eine Klassenvertretung des Weltproletariats!

Wer versammelt sich demgegenüber auf dem Kongress der Amsterdamer Internationale in Stockholm?

Es sind die fatten sozialfaschistischen Führer der Zweiten Internationale, die bei den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit jenseits der Barrikaden, auf der Seite der Kapitalisten, stehen.

Die Führer der Amsterdamer Internationale sind die Agenten des Klassenfeindes im Lager der Arbeiterklasse. Alle ihre Kräfte dienen dem Wiederaufbau und der Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaft. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland, die Führer des ADGB, bekennen sich zum Programm der „Kapitalbildung“ mit denselben Worten, mit denselben Lösungen wie das scharfmaterische Unternehmertum.

Die Führer der Amsterdamer Internationale sind die Geißel der kapitalistischen Rationalisierung, die Vorkämpfer der Tariftreue, die Propheten der Wirtschaftsdemokratie unter den Arbeitermassen. Ungeheures Elend und vermehrte Ausbeutung, — das ist es, was die reformistischen Gewerkschaftsführer dem Proletariat an Stelle ihrer betrügerischen Versprechungen durch ihre Klassenverräterische Praxis gebracht haben!

Die Arbeiterdemokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder innerhalb der Verbände wurde durch die sozialfaschistische Politik der reformistischen Führer liquidiert. Tausende von revolutionären Klassenkämpfern sind gegen den Willen ihrer Kollegen aus den Verbänden ausgeschlossen worden. Nach Stockholm fahren die ausgebeuteten Vertreter, die im engsten Rahmen der Bürokratie bestimmt wurden. Wenn schon auf den Verbandstagen der freien Gewerkschaften nur äußerst selten Arbeiter-

Hallo!

Genossen, Sympathisierende, Leser, vergesst nicht, daß

am 15. Juni

auch der letzte Mann mithelfen muß, neue Abonnenten zu werben. Der

Großwerbetag

muß ein Resultat bringen, das eine deutliche Antwort an die Reaktion ist.

Vertreter aus den Betrieben zu finden sind, so wird es auf der Stockholmer Konferenz nicht einen einzigen geben!

Wir fordern alle Arbeiter auf, ihre Kräfte auf die Stockholmer Tagung der Amsterdamer Internationale zu richten, um sich gegen die reaktionären Beschlüsse zu rufen, um in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft und unter den Erwerbslosen mit den Amsterdamer Führern Übereinstimmung zu halten.

Nur in einem Lande vermochten die reformistischen Führer nicht, ihren Einfluß zugunsten des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, nur in einem Lande gelang es ihnen nicht, die Massen von neuem in das Joch der kapitalistischen Fron einzuspinnen. In der Sowjetunion wurde durch den Sieg der proletarischen Diktatur ihr Einfluß gebrochen. Dort marschiert der Sozialismus, dort herrscht sich ständig die Arbeitslosigkeit, dort wird der Siebenstundentag durchgeführt, dort steigen die Löhne.

Ausflug in der Sowjetunion — Krise, Lohnraub, Teuerung durch Volk- und Steuerraub, Abbau der Sozialpolitik, Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen in Deutschland! Das eine ist der Erfolg des revolutionären Klassenkampfes; der Erfolg der proletarischen Revolution — das andere ist die Frucht des reformistischen Klassenverrates an den proletarischen Massen!

Während die II. Internationale zum Sturz der Sowjetmacht aufgerufen und sich offen in die Front der Weltkämpfer gestellt hat, während die Kriegsfrent des Kapitals gegen die Sowjetunion vom Papst bis zu den christlichen und reformistischen Gewerkschaftsführern verläuft, ruft die Rote Gewerkschaftsinternationale die Massen des Weltproletariats zur Verteidigung der Sowjetunion, zur Unterstützung der sozialistischen Aufbaues, zur Vernichtung der imperialistischen Kriegspläne auf.

Lohnkämpfe zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen des Proletariats sind das wichtigste Gebot der Stunde. Die reißlose Entlarbung der Feinde des Proletariats im eigenen Lager muß die Bahn freimachen, um die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen zu schaffen. Auf Grund der eigenen Erfahrungen des täglichen Klassenkampfes müssen und werden die Arbeitermassen in Stadt und Land die Lösungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition als ihre eigenen Lösungen, als die Lösungen der Millionenmassen des werktätigen Volkes erkennen und sich zum Kampf um diese proletarischen Forderungen im

breitester Einheitsfront aller, auch der heute noch sozialdemokratischen Arbeiter, unter selbständiger Führung durch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition zusammenschließen!

Nur die geschlossene Front der Massen, für deren Sammlung und Organisierung die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die KÖZ. kämpfen, kann mit dem politischen Massenstreik die Arbeiteroffensive gegen die Offensive des Kapitals verwirklichen. Einig in der internationalen Kampfbereitschaft, einig mit den chinesischen Proletariern, einig mit den kämpfenden indischen Arbeitern, muß das deutsche Proletariat vorwärts marschieren!

Einig im Kampf, einig im Ziel: der sozialen Revolution!

Wir entbieten unseren Gruß dem 5. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale. Das deutsche Proletariat entsendet 40 Delegierte nach Moskau, die von den Delegierten der Betriebe und der Arbeitsnachweise auf Bezirkskonferenzen der revolutionären Opposition gewählt werden. Gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiter aller Länder werden die Delegierten der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die Mittel und Wege für die nächsten Kämpfe des Weltproletariats festlegen.

Alle Unterdrückten, alle, die hungern, die nicht mehr gewillt sind, das Sklavendasein zu dulden, müssen teilnehmen an der Vorbereitung des 5. Kongresses der KÖZ.,

müssen durch Einreichung in die Kolonnen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition aktiv an den Beschlüssen des Kongresses, an der festen Organisierung der revolutionären Kampffront mitwirken. Ausbau und Stärkung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition innerhalb und außerhalb der freien Gewerkschaften, das ist die wichtigste Vorbereitung für den 5. KÖZ.-Kongress!

Es lebe die internationale Klassenolidarität der Arbeiter und aller Unterdrückten!

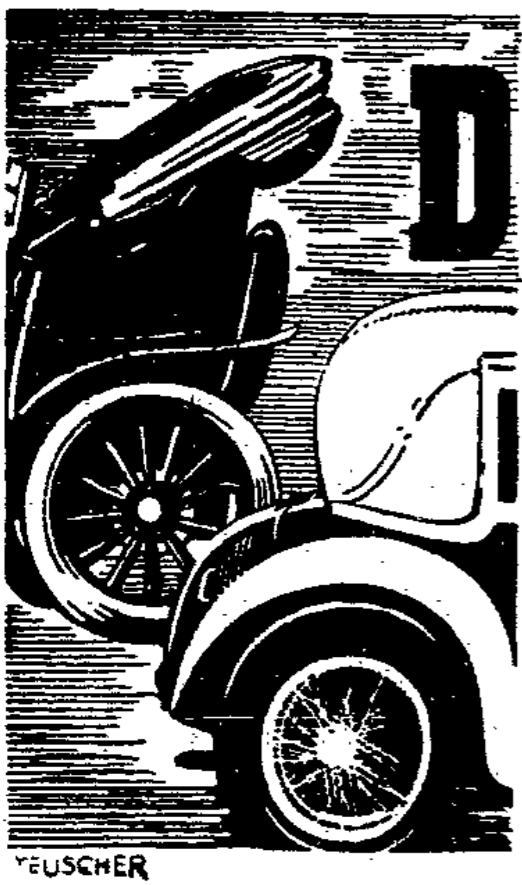
Alles für den Sieg der indischen Revolution!

Sichert den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion durch Vernichtung der Imperialistenherrschaft im eigenen Lande!

Nieder mit Amsterdam, es lebe Moskau!

Es lebe die KÖZ., die einzige gewerkschaftliche Internationale der proletarischen Solidarität!

Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO.)



Die grössten Umwandlungen

haben sich in den letzten 25 Jahren ereignet. Firmen, welche die Wandlung nicht mitmachten, können sich nicht halten. Unternehmungen aber, deren Leiter sich morgens umsehen und orientieren, was über Nacht etwa an neuen Gedanken in die Welt gekommen ist, müssen blühen.

Die Bulgaria-Zigarettenfabrik hat sich stets die modernsten Erfindungen zu Nutze gemacht. Sie hat sich hierdurch, sowie durch die überragende Tabakqualität mit an die Spitze der Zigarettenindustrie gestellt.

BULGARIA-STERN

die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.



Rund um den Erdball

Heute nacht geht's in Newyork um ein Dutzend Dollarmillionen

Weltmeisterschaftsrummel Schmeling - Sharkey

Bürgerliche Sensationspresse hämmert die Millionenmasse ihrer Leser & O.
Der ganze Rummel 90 Prozent Geschäft und nur 10 Prozent Sport

Das von der gesamten bürgerlichen Sensationspresse seit Wochen in Szene gesetzte Krummelfeuer um den Boxweltmeisterschaftskampf zwischen Schmeling und Sharkey hat mit dem heutigen Tage seinen Höhepunkt erreicht. Die Millionenleser sämtlicher Zeitungen wälzen auf den welterschütternden Boxkampf hin, der heute nacht im Yankee-Stadion von Newyork zwischen dem Amerikaner Sharkey und dem Deutschen Schmeling ausgetragen wird.

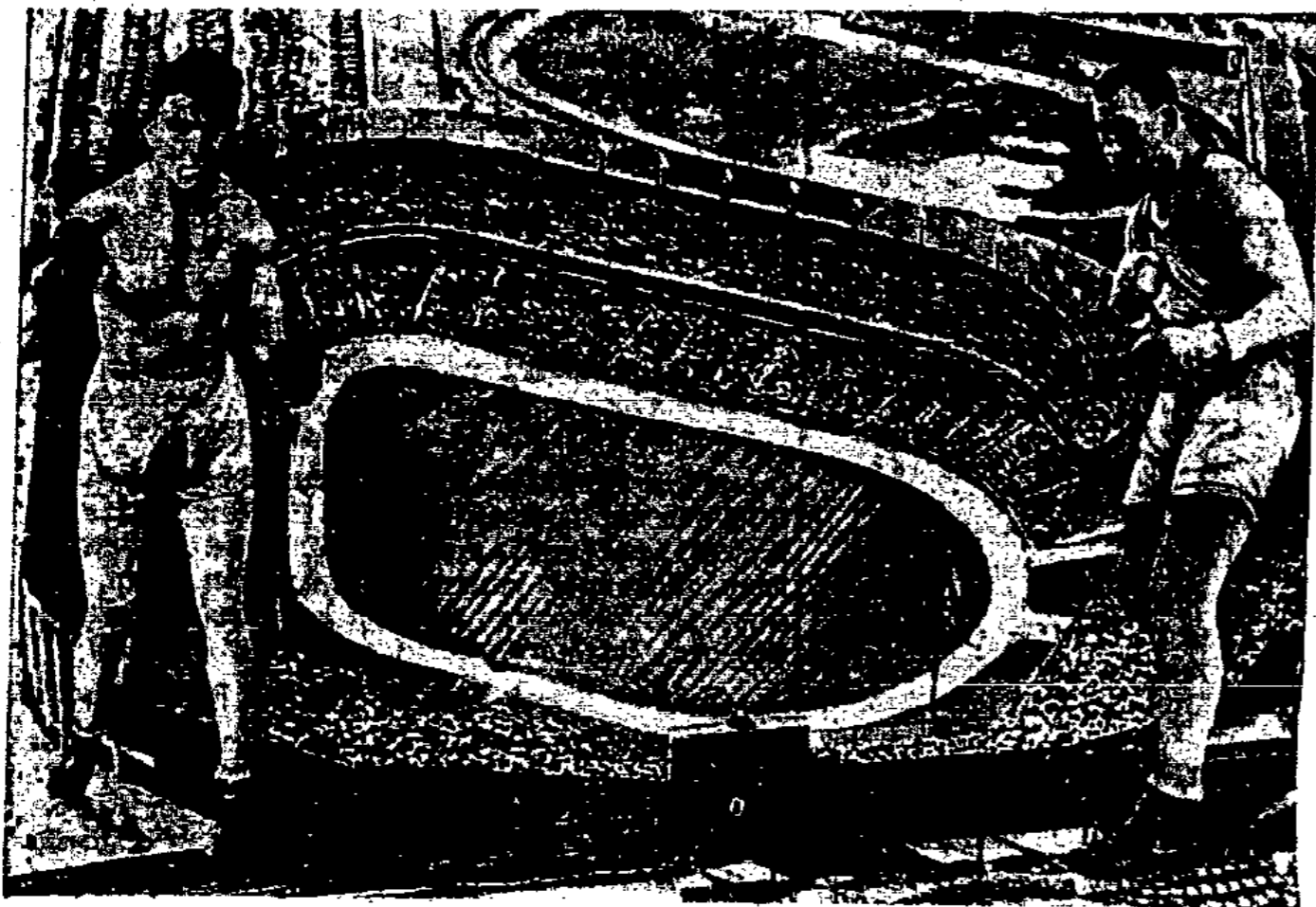
Der größte Antikommunismus, die giftigste Kommunismophobie rangieren heute in allen bürgerlichen Reaktionen der Welt als zweitrangige Sensation. Wir wissen nicht, wer heute von

Boxen ist drinnen zu 90 v. H. business (also Geschäft) und nur 10 v. H. „Sport“.

Die Buchmacher sind die wahren Herren des Handels auf dem Boxmarkt. Und bei solchen Odds (Wettetafeln) kann ein Schmeling-Sieg für sie den Wert von einem Duzend Dollars Millionen darstellen.

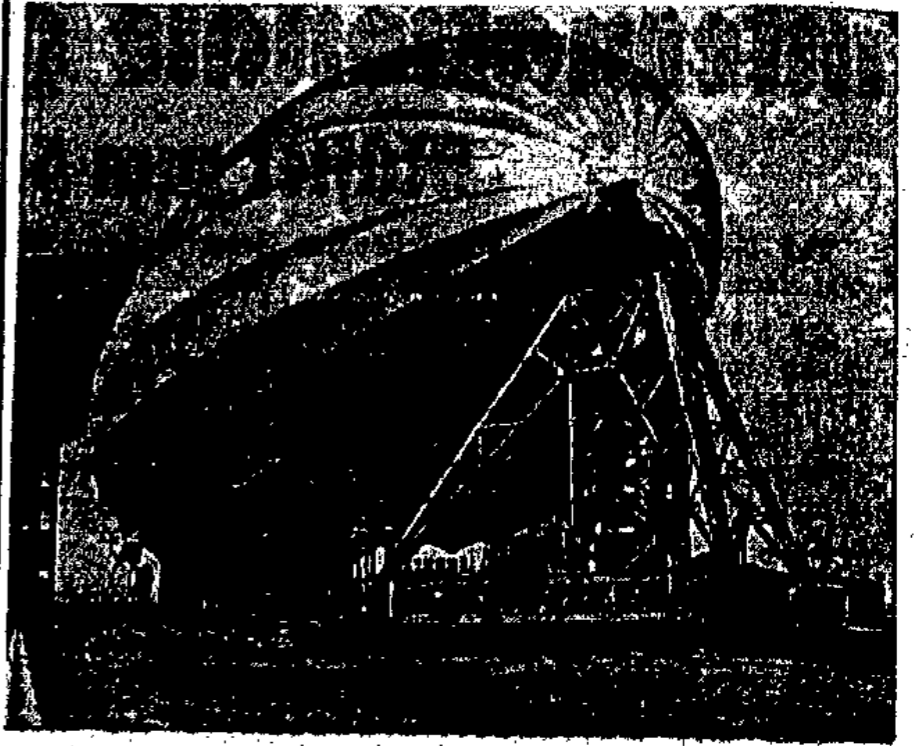
Und für dieses Duzend Dollarmillionen, die in die unergündlichen Kassen von Buchmachern und sonstigen Sensationsunternehmern und nicht zu vergessen in die Tresors des amerikanischen Hearst-Press-Kongerns, als dem eigentlichen Veranstalter dieses Rummels, fließen, wird eine ganze Welt

Hier wird der USA.-Spießer heute nacht toben



Unser Bild zeigt das gewaltige Yankee-Stadion in Newyork, in dem heute Nacht Sharkey und Schmeling, der „Schwarze Mann vom Rhein“, vor hunderttausend tobenden und johelnden amerikanischen Spielern den Boxkampf ausfechten werden. Links sehen wir den deutschen, rechts den amerikanischen Nationalheros.

Der fahrbare Ankermast



Bei seiner letzten Landung in Amerika auf dem Lakehurst-Landungsplatz hat der Reklame-Zeppelin zum ersten Male auch den neuen fahrbaren Ankermast benützt. Eine ähnliche Anlage wie sie in unserem Bilde zu sehen ist wird nunmehr auch für Friedrichshafen geplant.

Raubüberfall auf einen Kassenboten

Wildwest in Leipzig — Mit 15 000 Mark entkommen

Leipzig, 11. Juni. Am Mittwoch vormittag gegen letzten Viertel von Leipzig, ein verwegener Raubüberfall auf den Kassenboten einer Bankfirma nach dem großen Vorbild Chicagoer Verbrecher verübt.

Der Kassenbote Goldacker hatte von der Reichsbank 15 000 Mark geholt. Auf dem Heimwege nach dem Büro seiner Firma am Rathausring wurde der Bote von zwei Männern, die aus einem Auto herausprangen, niedergeschossen, um ihm dann seine Aktentasche mit den 15 000 Mark zu entreißen.

Nach diesem verwegenen Raubüberfall sprangen die Räuber wieder ins Auto und ergriffen die Flucht in der Richtung des „alten Theaters“.

Straßenpassanten zu Fuß, zu Rad und per Motorrad nahmen sofort die Verfolgung der Flüchtenden auf. Selbst der Raubüberfallens Beteiligte sich trotz seiner schweren Verletzung daran. An der Ecke Löhrstraße halte einer der dort arbeitenden Straßenarbeiter die Rufe der Verfolger vernommen und versuchte, sich dem Auto entgegenzustellen. Er wurde jedoch durch mehrere Schüsse niedergestreckt.

Auf der Döbber Straße ließen die Räuber das Auto stehen und bestiegen einen gerade vorüberfahrenden Straßenbahnwagen. Trotzdem sich an der Verfolgung schließlich auch ein Raubüberfallkommando beteiligte, gelang es den Unbekannten, zu entfliehen.

Sie haben auf ihre Verfolger insgesamt 15 Schüsse abgegeben.

Der überfallene Kassenbote hat einen Schuß ins Bein und einen in den Unterleib erhalten. Das zur Tat benutzte Auto trug eine Berliner Autonummer und ist, wie sich bereits herausgestellt hat, am 8. d. M. in Berlin gestohlen worden.

den beiden „Weltkretzen“ vor den hunderttausend heulenden und johelnden amerikanischen Spielern im Newyorker Yankee-Stadion mit einem mörderischen K. o.-Schlag zu Boden geschlagen wird. Wir wissen nur, daß einzig und allein die bedauernswerte Millionenmasse, die unter dem Einfluß der amerikanischen, deutschen, englischen, französischen usw. Pressenkongerne steht, in geistiger Beziehung in den letzten Wochen wahrhaft K. o. geschlagen wurde.

Und warum dieser riesige Kellamerummel? Warum diese Ströme von Druckerwärme? Geht es um ein bürgerliches „Menschheitsideal“? Um nationale „Belange“? Um ein hohes kulturelles Ziel? Um Wissenschaft? Um Kunst?

Nein, es geht nicht einmal um Sport! Sondern einzig und ausschließlich auf der ganzen Linie um den dreimal geschäftigten Profit!

„Business“, sagt der Amerikaner. Und während der deutsche Leser von seiner heuchlerischen Presselanaille durch nationale und sportlich-technische Phrasen befohlen gemacht wird, hält es die trostlos blöde amerikanische Presse nicht einmal mehr für notwendig, zu verschweigen, daß es hier um ein Kiesen-Business geht.

Selbst die an diesem Bombengeschäft unmittelbar Beteiligten denken nicht daran, zu verheimlichen, daß ihnen die sportliche Seite dieses Boxkampfes „piepschurzig“ ist, jedoch das Verdienen bei ihnen riesengroß geschrieben wird. Ein Beispiel: Irgebein bürgerlicher Schmal interviewt Frau Sharkey. „Wird Ihr Mann Weltmeister?“ fragt unser Schmal mit aller Ehrerbietung, wie es sich gegenüber der „Gemahlin“ eines Weltkretzen geziemt.

„Ja, wissen Sie“, antwortet halbvolllist Frau Sharkey, „ich bin sehr dafür, daß mein Mann boxt. Er verdient damit viel Geld.“

Aber auch von Schmeling, dem deutschen Nationalheros, müssen einige Zeitungen berichten, daß bei ihm die maßlose Gier nach Geld die Triebkraft seiner sportlichen Betätigung ist. Denn einzig und allein aus diesem Grunde soll Schmeling auf einen würdigen Trainer für seine Vorbereitungsarbeit verzichtet haben. Wie man sieht, bauen die ganz Ringen bereits vor. Im Falle der — voraussetzlichen — Niederlage Schmeling's kann man sich Holz an die Brust schlagen und auf seine Unterlassungsünden hinweisen. Selbst die gute, alte, vornehme „Lanze“ — also die „Kosmische Zeitung“ — die tren und bran, allerdings auf ihre Art, den riesigen Kellamerummel mitgemacht hat, warnt jetzt vor übertriebenem Optimismus.

Wie jeder Schmeling-Insultieren und Belien jetzt, daß er keine Weltmeisterkappe zeigt.

Es ist ein Verbrechen für ihn mit Dinten (die kaum einen Vergleich mit Sharkeys verblühender Dinker aushalten können), nach Belieben, schon in drüber Sharkey 3:1 Favorit. Nach den fast katastrophalen Berichten der letzten Wettkämpfe dürfte er auf 4 und 3:1 hinauskommen. Und dann macht die „Kosmische“ ein verheißendes Eingeständnis über das wahre Wesen dieses Boxrummels: „Das ist sehr günstig für Schmeling. Beruhs-

verruht gemacht. Werden Millionen von Menschen, die unter dem barbarischen kapitalistischen Ausbeutungssystem nicht das Notwendigste zum Leben haben, von ihren Tagesnöten abgelenkt und in einen Tiefschweif der Sportbegeisterung verführt.

Nun, die revolutionäre Arbeiterschaft und insbesondere die deutsche, deren sportlich aktiver Teil erst am Sonntag in Erfurt die wichtigen Aufgaben des Arbeitssports diskutiert hat, wird auf diesen Weltkretzen der Buchmacher nicht hereinfallen. Sie wird im Gegenteil mit verstärktem Eifer in Verbindung mit der revolutionären Partei des Proletariats alles daran setzen, daß bald die kapitalistischen Fesseln, durch die der wahre Volkssport gehemmt wird, niedergebungen werden.

Lübecker Elternschaft tritt auf den Plan

Endlich der Hauptverantwortliche am Bazillenmord suspendiert — Wann erfolgt seine Verhaftung? — Der 37. Säugling hingemordet

Lübeck, 11. Juni. Endlich hat sich die Lübecker Gesundheitsbehörde, bekanntlich die Hauptverantwortliche an dem Massensterben von Säuglingen proletarischer Herkunft durch den mörderischen Calmette-Schutzstrahl, veranlaßt gesehen, Obermedizinalrat Dr. Altknecht, „bis auf weiteres“ vom Amt zu beurlauben. Hiermit ist die Gesundheitsbehörde widerwillig der immer wieder von der Lübecker Elternschaft leidenschaftlich erhobenen Forderung auf Beurlaubung Dr. Altknecht's nachgegeben.

Doch bedurfte es erst einer nochmaligen bürnischen Willens- und Empörung der von grenzenloser Verzweiflung und Empörung erfüllten Eltern, bis die Gesundheitsbehörde dieser selbstverständlichen Forderung nachkam. Diese Versammlung hat am Dienstag abend in Lübeck stattgefunden und wurde von dem von den Eltern der mit dem Calmette-Schutzstrahl gefütterten Säuglinge eingeleiteten Ausschuß einberufen.

Trotzdem mit Hilfe eines riesigen Polizeiangebotes kommunistische Eltern mit brutaler Gewalt aus dem Saal befördert wurden,

zeigte der bürnische Verlauf der Kundgebung, daß sich die Elternschaft keineswegs mit der Suspendierung Dr. Altknecht's zufrieden geben wird. Da man die kommunistischen Eltern in dieser Versammlung verhindert hatte, ihre Auffassung darzulegen, holten sie das ausgiebigst durch Verteilung von Flugblättern vor dem Versammlungslokal sowie in der Stadt nach.

Inzwischen ist der 37. Säugling an der mörderischen Wirkung des Calmette-Schutzstrahls gestorben. Und viele werden noch

nach Ansicht der Ärzte dem verbrecherischen Leichtsinns des Lübecker Gesundheitsamtes zum Opfer fallen. Wann endlich erfolgt die Verhaftung Altknecht's und Dykes?

Gasexplosion im Tunnelbau

Rom, 11. Juni. Beim Tunnelbau für die Anlage einer Wasserleitung für die süditalienische Stadt Avellino sind fünf Arbeiter durch eine Gasexplosion getötet und sieben schwer verletzt worden. Die Katastrophe geschah in einer Tiefe von 150 Metern. Von den Verletzten schweben einige noch in Lebensgefahr.

Schweres Verkehrsunglück bei Siegburg

Am Dienstagvormittag ereignete sich an einem schrankenlosen Bahnübergang zwischen Döbberath und Döbberath ein schweres Verkehrsunglück. Ein Lieferwagen, in dem sich der Chauffeur und sein Begleiter befanden, wurde, als er an der Hauptstraße über die Bahngleise fahren wollte, von der Lokomotive eines herankommenden Zuges erfasst und etwa hundert Meter weit mitgeschleift. Die beiden Insassen wurden auf der Stelle getötet.

Bereits 35 Todesfälle im Baden

In den wenigen Tagen, in denen das warme Wetter das Baden im Rhein gestattet, sind allein im Rheingebiet nicht weniger als 35 Todesfälle durch Ertrinken vorgekommen.

Breslau

Drei Tote, 298 Verletzte

im Monat Mai starke Zunahme der Motorräder.

Im Monat Mai wurden im Stadtgebiete Breslau 452 Verkehrsunfälle zur Angelegenheit gebracht. Durch Verkehrsunfälle getötet wurden drei Personen. Verletzt wurden 298 Personen, 208 männliche und 90 weibliche. Von den Verletzten wurden 92 Personen nach dem Unfall sofort in die hiesigen Krankenhäuser geschafft. Die Verletzungen bestanden meistens in Schädel-, Arm- und Beinbrüchen. Wegen Uebertretung der Verkehrsbestimmungen sind 848 Strafv Verfügungen ergangen und mehrere 98 Strafverfahren gleicher Art sind der Amtswahlbehörde zur Aburteilung zugewiesen worden. 26 Angeklagte wurden verwahrt.

Die Zahl der im Mai erteilten neuen Führerscheine beträgt 515, und zwar für Klasse I (Motorräder) 172, für Klasse II (Autofahrer) 28 und für Klasse III b (Personenlastwagen) 847. Neuzugelassen wurden im Mai 982 Kraftfahrzeuge. In gleicher Zeit wurden 190 internationale Fahrausweise ausgestellt. Zwei Führerscheine wurden entzogen und sieben Führer unter Androhung der Entziehung des Führerscheines legitimiert verwahrt.

Beim Baden ertrunken

Es geht los: Am Montag ertrank in der Oder gegenüber der Pumpstation beim Baden der Ladierer Willi Hunger, Olgauer Straße 10 wohnhaft. Ein Autofahrer, der mit H. zusammen war, ließ durch die Angestellten des Bades die Suche nach dem Verunglückten. Nach dreistündiger Arbeit wurde die Leiche nach der Leiche aufgefunden. Sie ist bis jetzt noch nicht gefunden worden.

Der seit dem Sonntag vermisste kaufmännische Angestellte Gerhard Neuert aus der Fürstentorstraße 80 wurde gestern aus der alten Oder oberhalb des Adelschloßes als Leiche geborgen. Wundert ist beim Baden ertrunken.

Die Zahl der Opfer des freien Badens wird diesen Sommer mehr als hoch werden, wenn der Magistrat keine Winterschwimmplätze in den öffentlichen Bädern fortsetzt.

Erdlicher Verkehrsunfall

Am Dienstag fuhr der Motorradfahrer G o e b e l aus der Waterloostraße auf der Glatz-Breslauer Chaussee. In der Nähe von Koberwitz geriet er durch zu weites Ausweichen gegen einen Chausseestein. Der Fahrer sowie sein Soziusfahrer, der Chausseur Walter M a e l z e r aus der Weigenburger Straße, stürzten und wurden in schwerem Zustand aufgefunden. Ein Arzt aus Koberwitz leistete die erste Hilfe und transportierte sie in das Menzel-Hand-Krankenhaus. Der Soziusfahrer Maelzer ist gestern vormittag seinen Verletzungen erlegen.

Gestern besuchte die Ehefrau J a s c h k e aus der Dtostraße mit ihrem Fahrrad die Strahndreuzung Promnitz-Frankfurter Straße, und kam dort zu Fall. In gleicher Zeit kam auf der Frankfurter Straße der Schweißschrauber der Fahrschule Pfeist, von Lehrschülern gesteuert, bei der Frau überfahren. In schwerem Zustand wurde sie nach dem Allerheiligen-Hospital übergeführt.

Sonnenwendfeier der „Jfa“

Die „Jugendgemeinschaft für Arbeiterkultur“ veranstaltet am Freitag, den 20. Juni, eine Sonnenwendfeier. Der Feiern vorangehen soll eine große Propagandafahrt durch die Stadt, zu der eine Anzahl Autos zur Verfügung stehen. Die Feiern werden auf einem Gelände in Scheitling stattfinden. Das Programm besteht aus Musikvorträgen, Sprechchor, Rezitationen unserer Freunde von den Vereinigten Theatern und der Ansprache eines Berliner Genossen. Nach Schluß der Feiern geschlossene Autofahrt in die Stadt. Wir erlauben unsere Leser, bereits morgen bei den Kioskporturen unserer Zeitung Teilnahmekarten zu verlangen. Sie werden einschließlich Autofahrt und Eintritt für die Feiern ungefähr 50 Pfennige kosten. Die Sonnenwendfeier muß zu einer nachvollständigen Stimmung gegen die Kulturreaktion werden. Agitiert liberal! Sorgt für Massenbesuch!

Autofahrt zum Roten Tag nach Liegnitz

Am 15. Juni findet ein Roter Tag in Liegnitz statt. Fahrtarten sind bei den Jungkommunisten sowie Freiheitsgasse 2 und Oderstraße 28 zu haben. Der Fahrpreis hat sich auf zwei Mark ermäßigt. Alle Genossen, die per Rad nach Liegnitz fahren wollen, melden sich sofort im Parteibüro, Oderstraße 23 I.

Breslauer Pfingstverkehr. Die Poststelle der Reichsbahn-Direktion Breslau teilt mit: In der Zeit vom 5. bis 10. Juni sind Fahrkarten verkauft worden: bei der Fahrkartenausgabe Breslau 561.118.907 (Vorjahr 117.824), bei der Fahrkartenausgabe Breslau Freiburger Bahnhof 49.465 (Vorjahr 41.459), zusammen 188.463 (Vorjahr 9879 oder rund 6 v. H. mehr als im Vorjahr. Die mit Rücksicht auf das außerordentlich günstige Wetter verhältnismäßig geringe Zunahme dürfte in der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage begründet sein.

Die Feuerwehr ist im Monat Mai 7mal ausgerückt, und zwar zu: 3 Großfeuer, 4 Mittelfeuer, 20 Kleinfeuer, 1 Schornsteinbrand, 1 Explosion, 2 Landfeuer, 10mal zu blindem Alarm, 6mal zu häuslichem Alarm, zu 6 Wasserfällen und 21 andernweiligen Hilfeleistungen. — Die Krankenwagen riefen aus: In der Stadt zu Unfällen 141mal, zur Krankenbeförderung 770mal, nach außerhalb 4mal. Es wurden in diesen 918 Fahrten zusammen 7090 Kilometer zurückgelegt. Die Unfallwachen wurden 248mal in Anspruch genommen.

Selbstmord. Am Mittwoch wurde der Anzügler Franz M a i l e r in seiner Wohnung Breslau-Kathen, Schulstraße 6, erhängt aufgefunden.

Unglücke morgen Freitag, 23. Juni, bei Schieber, Herstraße 43. Alles muß pünktlich erscheinen!

Die Hehe gegen den Bund der Freunde der Sowjetunion

Arbeiter, nun erst recht nur parteiliche Massenorganisationen!

Wie wir berichteten, ist in Breslau vor kurzem eine Ortsgruppe des „Bundes der Freunde der Sowjetunion“ ins Leben gerufen worden. Die Gründungsarbeiten wurden hauptsächlich von sozialdemokratischen Genossen geleistet, die auch in größerer Anzahl sofort dem Bunde beitraten.

Diese Tatsache ist dem sozialdemokratischen Parteivorstand äußerst unangenehm. Er will alles verhindern, was ein näherkommen kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter auf dem Boden des Klassenkampfes ermöglicht. Zwar hat er nicht dagegen, daß führende Sozialdemokraten leitende Funktionen in der bürgerlichen Sportbewegung einnehmen oder Mitglieder der nationalen Kriegervereine und anderer Bourgeoisorganisationen sind — aber wenn sozialdemokratische Arbeiter mit Kommunisten zusammen in einer Organisation sind, da wird gegen diese Genossen das Messer gehoben und sie werden im Namen des ungestörten Zusammenarbeitens mit den Kapitalisten abgeschlachtet.

Die nähere Begründung wird in folgender „Bekanntmachung des Parteivorstandes“ von der Breslauer „Volksmacht“ an hervortretender Stelle gebracht, gegeben. Es heißt dort:

„Aus verschiedenen Vorbeständen sind dem Parteivorstand Mitteilungen über die Tätigkeit einer kommunistischen Hilfsorganisation zugegangen, die den Namen „Bund der Freunde der Sowjetunion“ trägt. In zwei Fällen ist es auch gelungen, Sozialdemokraten in den Dienst dieser Organisation zu stellen. Der Parteivorstand nimmt Bezug auf einen Artikel in der Breslauer kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Februar 1929, in dem auf die Gründung dieser Organisation in folgender Weise hingewiesen wird:

„Warum Bund der Freunde der Sowjetunion?“ Schon wieder eine neue Organisation! ... Man wird einwenden, das Ganze sei ja doch nur eine kommunistische Masche. Tatsächlich sind es die Kommunisten, welche zur Gründung dieses Bundes drängen und in ihm auch nur deshalb mitarbeiten, um für die Sache des Kommunismus zu wirken. Das zu verschweigen, dazu liegt keine Veranlassung vor.“

Das beweist, was ohnehin für jeden Sozialdemokraten klar sein muß, daß der „Bund der Freunde der Sowjetunion“ eine kommunistische Hilfsorganisation ist. Der Parteivorstand beschloß deshalb, analog den Beschlüssen der Parteitage zu den vorgenannten kommunistischen Hilfsorganisationen: Die Zugehörigkeit zum „Bund der Freunde der Sowjetunion“ ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

In dieser Bekanntmachung wird hauptsächlich auf einen Artikel in unserer Zeitung Bezug genommen. Für jeden Einsichtigen mußte es von vornherein klar gewesen sein, daß hier der SPD-Vorstand eines seiner üblichen Etüden demagogischer Verdreherkunst geleistet hat.

Wir haben uns den betreffenden Artikel herausgeholt und müssen dazu folgendes feststellen:

Erstens ist dieser Artikel keine offizielle Stellungnahme einer Parteiführung oder des Bundes der Freunde der Sowjetunion, sondern die im lokalen Teil veröffentlichte Äußerung eines oberflächlichen Genossen.

Zweitens sind die vom Parteivorstand zitierten Sätze vollkommen aus dem Zusammenhang herausgerissen, denn es heißt in dem betreffenden Artikel im Anschluß an diese Sätze:

„Damit ist noch lange nicht gesagt, daß der Bund eine kommunistische Organisation werden soll. Daß er das nicht wird, darüber werden wir ebenfalls strengens wachen. Wir verlangen von keinem Menschen, welcher beitrete, daß er weder die Statuten, noch das Programm der kommunistischen Internationalen inhaltlich anerkennt. Wir verlangen weiter nicht, als daß er mit dem Aufgabengebiet, welches sich der Bund durch seine eigenen Statuten gegeben hat, bedingungslos einverstanden ist. Das heißt: Bereit ist für die Verteidigung der Sowjetunion und die Sympathien für den sozialistischen Aufbau zu werden und zu leben.“ Weiter nichts.“

Diese Sätze sind klar und geben in programmatischer Hinsicht den Charakter des Bundes der Freunde der Sowjetunion deutlich auf. Es ist eine Lüge, daß der Bund im Sinne der „Volksmacht“ eine „Organisation der SPD“ ist.

Das wird allein schon durch die Tatsache widerlegt, daß der Vorsitzende der Breslauer Ortsgruppe ein langjähriges Mitglied und ein bekannter Funktionär der sozialdemokratischen Partei ist, und daß in dem übrigen Funktionsleiter des Bundes noch einige Sozialdemokraten sind.

Die Hehe der „Volksmacht“ ist damit zusammengebrochen und von vornherein als unverschämte Lüge gekennzeichnet. Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, sich dem Diktat ihres Parteivorstandes nicht zu beugen und dem unter ihrer aktiven Teilnahme ins Leben gerufenen Bunde der Freunde der Sowjetunion die Treue zu bewahren. Die Bekanntmachung des sozialdemokratischen Parteivorstandes entlarvt die Gesellschafft von neuem als das, was sie bisher schon gewesen ist: als die Spalter der Arbeiterbewegung.

Arbeiter, legt diesen Verbrechern an der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung das Handwerk! Schließt euch nunmehr erst recht, ganz gleich, ob ihr parteilos, sozialdemokratisch oder kommunistisch organisiert seid, in überparteilichen Massenorganisationen zusammen! Bildet diese einheitliche Kampftruppe überall, im Betrieb, im Kontor, auf der Stempelstraße. Mädet mit den gewerkschaftlichen Spaltern der Arbeiterbewegung! Es lebe die rote Einheit der Proletarier aller Länder!

Protest der Breslauer Kriegsoffer

Die am 7. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung des „Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit e. V.“ Ortsgruppe Breslau, hat zu den Vorarbeiten der Reichsregierung in der Verfertigung Stellung genommen. Die Versammelten haben mit Entschiedenheit festgestellt, daß den Profitinteressen der deutschen Bourgeoisie die noch verbliebenen geringen Rechte der Kriegsoffer geopfert werden sollen. Der Rentenabbau, der bereits durch die unter dem Reichsarbeitsminister Wiffell durchgeführten Pläne vom Herbst 1929 eingeleitet wurde, soll eine völlige Rechtslosmachung der Kriegsoffer und eine erhebliche Kürzung der Renten zugunsten der besitzenden Klasse bringen.

Die Versammelten protestieren entschieden dagegen, daß die 30- und 40-Prozent-Beschädigten aus der Verfertigung ausgeschlossen werden sollen. Eine solche brutale Methode ist bisher in keinem am

Kriege beteiligt gewesenem Lande durchgeführt worden. Gerade in Deutschland, wo man seit Beginn des Krieges immer vom Dank der Vaterlands gesprochen hat, werden solche sozialreaktionären Maßnahmen durchgeführt.

Die Versammelten fordern, daß die Regierung den geplanten Rentenraub sofort rückgängig macht, und daß durch die Schaffung einer 6. Novelle eine allgemeine Erhöhung der Renten und ein weiterer Ausbau der Verfertigung endlich durchgeführt wird, wie das in den letzten Jahren wiederholt von allen Parteien und selbst von den Regierungen anerkannt worden mußte. Die Kriegs- und Arbeitsopfer werden mit der gesunden Arbeiterkraft gegen diese reaktionären Maßnahmen der Brüning-Regierung den entschiedensten Kampf führen für eine ausreichende Verfertigung.

Rüflet zum Solidaritätstag 1930

Das Fest der Solidarität findet am 29. Juni im Gartenhotel „Paradies“ in Dömitz statt.

In der Trunkenheit zu Tode geführt. Am Sonntag verstarb im Allerheiligen-Hospital der 59jährige Schlosser August S c h o p f n i g, Hildebrandtstraße 27 wohnhaft, an einem Schädelbruch, den er sich bei einem Sturz zugezogen hatte. Sch. war eines Nachmittags stark angetrunken nach Hause gekommen, verlor im Treppenhause das Gleichgewicht, und stürzte die Treppe hinunter; dabei zog er sich die Verletzung zu. Aufgefunden wurde er von seiner Logiswirtin, die ihn, da keine offene Wunde zu sehen war, mit Hilfe von Hausbenachbarn in sein Zimmer trug und ins Bett legte. Erst am nächsten Morgen, als der Verletzte kein Lebenszeichen von sich gab, benachrichtigte sie einen Arzt, der sofort die Überführung in das Allerheiligen-Hospital anordnete.

Für den Magen ist das Beste gerade gut genug! Wenn die Hausfrau delikate Suppen auf den Tisch bringen will, so nimmt sie die köstlichen, aus erstklassigen Rohstoffen hergestellten Maggi-Suppenwürfel, die in einer Auswahl von 28 verschiedenen Sorten zur Verfügung stehen. Ihre Kennzeichen sind der Name Maggi und die typische gelb-rote Packung.

Bermüht wird seit dem 30. Mai die 26jährige Ehefrau Elfriede S c h o p f, geb. Günzel, wohnhaft in Rosenthal. Sie wird, wie folgt, beschrieben: Größe 1,65 Meter, schmächtig, rechte Schulter etwas tiefer, Augenbrauen blond, links geschleht, Gesichtsfarbe bleich. Die Bermühte hat ihren fünfjährigen Sohn Walter bei sich.

Wer ist der Tote? Am Dienstag wurde in der Lohs an dem Friedhof in Gröbchen die Leiche eines bisher unbekanntes Mannes geborgen. Der Unbekannte ist etwa 1,75 Meter groß, breitschultrig, hat rötlich-blondes Haar, gleichfarbigen gestrichelten Schnurrbart. Seine Personallien sind unbekannt.

Sperrung für Burgstraße. Wegen Unpflasterung wird die Burgstraße von Ober- bis Herrenstraße sogleich bis 30. Juni für Fahr-

zeuge aller Art ganzseitig gesperrt. Der Verkehr wird nach Maßgabe der aufgestellten Umleitungschilder umgeleitet.

Sportverein Nordost 03. Zu-Jitzu. Sonntag: Halbtag-Radpartie. Treffpunkt 10,30 Uhr am „Lehten Keller“. Gäste aus anderen Abteilungen können sich beteiligen.

Arbeiter-Esperanto-Gruppe. Freitag, 20. Juni, Übungsabend im Gruppenlokal. Anschließend Vorstandssitzung. — Sonntag, 22. Juni, im Abteilungslokal bei Tragal, S u n d s e l b, Monatsversammlung. Anschließend Nachtausflug nach dem „schlechten Eyrenwald“. — Sonntag, 24. Juni, „Rast“ in Sarrau.

Ein Zirkusgastspiel in Sicht. Wie wir erfahren, will der Zirkus Carl Hagenbeck aus dem Tierpark Stellingen bei Hamburg schon am 20. Juni in Breslau auf dem Reizplatz an der Kuraffierstraße ein kurzes Gastspiel eröffnen. Der Name Carl Hagenbeck ist ein Programm, da sich daran die Entstehung der modernen Tierdressur und Tierhaltung knüpft. Die Darbietungen erschöpfen sich aber keineswegs in Tierdressuren, werden vielmehr durch ein reiches artifizielles Programm erstklassiger Kräfte zu einem Gesamtbild zirkusförmiger Kunst gerundet.

Die Heberei Rudolf Kattin hat für alle Tage Vorberechtungen getroffen, um den Massenbetrieb im Ober- und Unterwasser zu ermöglichen. Die billigen Preise für die Dampferfahrt ermöglichen es Jedem, sich daran zu beteiligen. Näheres siehe Inserat.

Schöne weiße Zähne. Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine größte Anerkennung und vollste Aufrechterhaltung über die „Chlorodont-Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauchte „Chlorodont“ schon seit Jahren und ich werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste“ erreicht habe. E. Kattin, Schmeer, Amt Kriemberg, Saalkreis. — Chlorodont: Zahnpaste 50 Pf. und 1 Mk., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mk. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Benachrichtigung für den politischen Teil: Ernst G. G. Berlin für den Wohnort (außer Oberhiesfeld) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberhiesfeld Fritz Z e n t o l e, Gletwitz. Für Inserate: Carl G a n s b o r g, Breslau.

Gemüse, Salate,

schwache Suppen, Soßen und alle Fleischgerichte erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack durch wenige Tropfen

Verlangen Sie aber ausdrücklich MAGGI-Würze

MAGGI-Würze



Waldenburger Bergland

Und wieder Segen Gottes!

A. R. Seifern konnten wir von der Reford schlagenden Bestrafung durch den Steiger Scholz von der 21. Abteilung berichten. Heute müssen wir uns schon wieder mit den Bestrafungen in dieser Abteilung beschäftigen. Diesmal ist es nicht der Steiger Scholz, sondern der Bergarbeiter Brandts, welcher durch ein rigoroses Straßensystem die Kumpels knechten und dabei die Unterstützungskasse füllen will. Er will scheinbar verhindern, daß bei den vielen Unterstützungsgelassen, welche die Krankfeiern stellen, nicht etwa die Grube Zuschüsse leisten muß. Soviel Entgegenkommen für die abgerackerten Bergarbeiter bringt man nicht auf. Es sind in dieser Abteilung in vier Tagen 41 Mann bestraft worden. Es wird die höchste Zeit, gegen dieses brutale Straßensystem energig Front zu machen.

Oberes Revier

Die Kriegs- und Arbeitsopfer stoßen vor

Auf vielfältiges Verlangen fand am 6. Juni in Mayrau- schacht die Gründungsversammlung einer Ortsgruppe des „Internationalen Durbes“ für Fellhammer statt. Eine große Anzahl Mitglieder, auch Ueberritte, konnten erzielt werden. Die Wahl des Vorstandes erfolgte einstimmig. Der Kreisleiter des J. B. begrüßte die neue Ortsgruppe und sprach die Hoffnung aus, daß auch Fellhammer ein fester Stützpunkt der proletarischen Front der Kriegs-

Wir rüsten zum 3. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale

Fließband und Minutensystem in der schlesischen Metallindustrie

Kollegen, beginnt schon jetzt mit der Organisierung des Lohnkampfes!

Nachdem wir vor einigen Tagen einen grundlegenden Artikel über die schlesische Textilindustrie veröffentlicht haben, drucken wir heute den Aufsatz eines führenden Funktionärs über die Lage in der Metallindustrie und die Aufgaben der A.S.D. ab.

Die Reaktion.

Die gegenwärtige Krise des kapitalistischen Systems zeigt sich mit besonderer Schärfe in Schlesien. (Daher auch zu einem gewissen Teil das Gerübe von Seiten der Regierung über „Nihilismus“ und ähnliches.) Neben der Textil- und Bauindustrie ist es vor allem die Metallindustrie, welche unter starker wirtschaftlicher Depression steht. Die Hoffnung, bei Abschluß des deutsch-polnischen Han-

del-Vertrages zu einer gewissen Belebung zu kommen, hat sich naturgemäß nicht erfüllt und wird sich auch in Zukunft nicht erfüllen. Der polnische Markt ist vollständig verarmt. Die polnische Industrie versucht selbst so viel wie irgend möglich zu exportieren. Der falsche Kurs der Regierung war nicht imstande, die Wirtschaft anzukurbeln. In der benachbarten Tschechoslowakei das gleiche Bild. Auf dem Balkan sieht es nicht besser aus. Nach Rußland? — Hier hat die schlesische Industrie vollständig den Anschluß verpaßt. Die hier hauptsächlich in Frage kommenden Industrien, hochwertige Maschinenfabriken und landwirtschaftliche Geräte-Fabriken geben vor, nicht finanzkräftig genug zu sein, um die von dem Sowjetstaat geforderten Kredite bereitzustellen. Ein gut

Freiburg

Radsfahrer nach Liegnitz!

Am Sonntag, früh 5 Uhr, treffen sich die Radsfahrer am „Kreuz“ zur Abfahrt nach Liegnitz. Bei genügender Beteiligung fährt Auto. Fahrpreis 1,50 bis 2 Mark.

Metallarbeiterjugend: Sonnabend Überwanderung. Abmarsch 18,30 Uhr vom Jugendheim aus. Wir fordern alle Jungmetallarbeiter auf, zu erscheinen.

Bolkenshain

Werkstätige

besucht die am Sonnabend, 20 Uhr, im „Grünen Baum“ stattfindende öffentliche Besammlung. Referent: Kreisabgeordneter Richard Schulz, Waldenburg.

Zell engstirnige Sabotage mag hier mitgespielt haben. Es bleibt aber mir der Westen. Hier steht man aber auf starke, leistungsfähige Konkurrenten und hat außerdem einen längeren, verteuerten Transportweg.

Um diese Nachteile auszugleichen, sind die schlesischen Unternehmer seit langem dabei, einen ganz besonders scharfen Druck auf die Arbeiter auszuüben. Ihre Proskripte lassen sie auch nicht schmälern. So haben sie es verstanden, sämtliche Lohnsätze niedriger zu halten als im Reich. Auch die Differenzen zwischen den einzelnen Arbeitergruppen sind größer als im Reich. Die Struktur der schlesischen Metallindustrie, zu einem großen Teil Mittel- und Kleinindustrie, bietet außerdem den Unternehmern den Vorteil, einen großen Teil weibliche Arbeitskräfte verwenden zu können.

Die Arbeitszeit beträgt nach dem Tarif 48 Stunden, aber diese Bestimmung wird je nach Bedarf nach oben oder unten durchbrochen. Sind doch Fälle zu verzeichnen, wo 60 und mehr Stunden in der Woche „geschoben“ worden sind. In technischer Hinsicht hat man Fließarbeit und Transportbänder, insbesondere in der Uhren-, Radio- und Küchengeräteindustrie in großem Maße eingeführt. Ein scharf durchgeführtes Kalkulationssystem (Minutensystem) sorgt dafür, daß sich die Akkordüberverdienste in recht mäßigen Grenzen bewegen. Oftmals hat man bei Lohnverhandlungen die etwas höher Verdienenden einfach ausgeschlossen.

Was tut die Gewerkschaftsbürokratie, um diese Zustände zu ändern?

Vor allem hat man sich nicht dazu aufschwingen wollen, die Kollegen, die verhältnismäßig gut organisiert sind, in den Kampf um bessere Löhne zu führen. Die Löhne sind dauernd hinter den Preisen zurückgeblieben. Als im Frühjahr der Manteltarif für Niederschlesien abgelaufen war, tat man alles mögliche, um ihn zu verlängern, ohne zum Teil die Mitglieder, ja selbst die Funktionäre zu befragen. Schutzbestimmungen für die an den Transportbändern arbeitenden sind in keinem Tarif vorhanden. Überstunden werden zugelassen.

Daß unter solchen Verhältnissen die Arbeiterkraft ganz besonders leidet, ist selbstverständlich. Hier ist es Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition, einzugreifen. Kein Mittel muß unversucht bleiben, um die Arbeiterkraft zu aktivieren, insbesondere zur Abwehr von besonders scharfen Kalkulationsmethoden oder sonstiger Schikanen.

Im September laufen die Vorkämpfe ab. Schon jetzt gilt es überall Stellung zu nehmen, um die Arbeiterkraft auf den Kampf vorzubereiten.

Ein besonders wichtiges Kapitel: Die Arbeit in den Gewerkschaften, gilt es wieder mehr als bisher zu forcieren. Wir müssen imstande sein, die Arbeiter wieder in die Besammlungen zu bringen. Die Methoden werden verschieden sein, aber alles muß daran gesetzt werden. Vor allen Dingen Kurs auf die Frauen. Gewinnen wir diese, so ist viel geschaffen. Dabei gilt es scharfen Kampf zu führen gegen die Faschisten aller Couleur. Immer im Vordergrund im Kampfe für die Arbeiterkraft, so wird es uns gelingen, ihr Vertrauen zu erwerben und die schlesischen Metallarbeiter in den Kampf für Lohnerrhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu führen.

Niederschlesien

Görlitz

Felddienstabungen der Görlitzer „Christen“

Am heutigen Tage fanden in der Umgebung von Petershain Felddienstabungen statt, veranstaltet vom Christlichen Verein junger Männer, Ortsgruppe Görlitz. Die Truppe hatte eine Stärke von 150 Mann und nannte sich „Grüne Truppe“. Grün war sie wirklich, ersahen rein äußerlich durch ihre Kleidung und zweitens war der größte Teil der „Leute“ Kinder im Alter von elf und zwölf Jahren. Wir hatten von unserer Wohnung aus Gelegenheit, alles genau zu übersehen und auch die Kommandoführer genau zu hören. „Küchle Such“ — „Angetreten“ — „Saben“ — „entföhern“ — „Im Sauffschritt marsch“ — „Schnellfeuer“. Unter diesen Kommandos rannten die Leuten mit einem Getöse und Händeklatschen dem Dorf zu. Raum hatten sie die ersten Häuser erreicht, da kam die Meldung, das Dorf ist genommen. Für wen diese Kampfvorbereitungen gedacht waren, konnten wir nicht erfahren, vielleicht galt es, sich zu rüsten im Kampfe gegen die Arbeiterkraft.

Lauban

Die „Volkszeitung“ lügt

„Die Kommunisten versuchten unsere Versammlung zu sprengen.“ „ein Kapedit aus Görlitz erging sich in geschäftigen Reden.“ „eine Horde wildgewordener Burken verließ den Saal.“ Es schrieb die „Volkszeitung“. Wahr ist, daß in dieser Versammlung die SPD gründlich entlarvt wurde, und daß Hunderte von Laubaner Arbeitern und Erwerbslosen unserem Redner fürmischen Beifall gaben und geschloffen den Saal verließen, so daß kaum drei Tugend Schölein, einschließend der gesamten Benzokratie nebst Frauen, im Saale verblieben. So eine Pleite hatte die SPD in Lauban noch nicht erlebt. Und wir werden weiter diesen Heuchlern die verlogene Maske vom Gesicht reißen. Die Laubaner Erwerbslosen und Arbeiter erkennen immer mehr, wer ihnen das Brot diebst, und daß die Tschirner und Kutjona diejenige sind, die ihren bürgerlichen Kollegen an der Futtertrappe in nichts nachsehen, und gar noch schlimmere Schandthaten zu verüben bereit sind. Erwerbslose, Arbeiter, hinein in die SPD!

Bei der Arbeit extrakt. Der über 70 Jahre alte Rentenempfänger Hubert Parzer führte, als er am Mühlgraben beschäftigt war, ins Wasser und extrakt.

Bunzlau

Liegnitz-Fahrer!

Parteilosen und Sympathisierenden! Alles auf nach Liegnitz zum Roten Tag am Sonntag, den 15. Juni. Es fährt ein Postauto. Abfahrt früh 7 Uhr vom Markt. Fahrpreis 1,50 Mark pro Person hin und zurück. Die Radsfahrer treffen sich ebenfalls am Markt um 1/7 Uhr. Stärkste Beteiligung ist erforderlich.

Sagan

Arbeiter, seid auf der Hut!

In den Sonntagen am 6. März anlässlich der damals stattgefundenen Demonstration sollen wir durch Aussagen von Arbeitern festgestellt, daß die Staatsanwaltschaft Sagan weitere Ermittlungen in Angriff genommen hat. Es wurden Arbeiter, die sich nicht an der Demonstration beteiligt hatten, zu Protokoll vernommen. Es erweist somit das Anschein, daß man weitere Feststellungen machen will, um einen großen „Aufsehensprozess“ in die Wege zu leiten. Am Dienstag hat ein Kolonnenführer zur Vernehmung der Jungen im Kreismannschaftsgebäude. Irrtümlicherweise, so sagte man, sei Genosse Sepper befragt worden. Hat man ihn etwa schon zum Angeklagten ernannt, wie das so oft der Fall ist? Arbeiter Sagan, seid auf der Hut, die

heutige Klassenjustiz bedient sich jeden Mittels, um wehrlose und unschuldige Arbeiter hinter Gefängnismauern zu bringen.

Hagnau

Dachdecker verlangen die Freigabe des Volkshauses

Sozialdemokratischer Kollege stellt den Antrag

Bekanntlich hat der sozialdemokratische Vorstand der hiesigen Volkshausgenossenschaft die Räumlichkeiten des Volkshauses für die Kommunistische Partei und die Rote Hilfe gesperrt. Die Dachdecker nahmen in ihrer letzten Mitgliederversammlung hierzu Stellung. Der SPD-Kollege K. stellte den Antrag, das Volkshaus für die SPD wieder freizugeben. Nach einer längeren Aussprache wurde dieser Antrag angenommen. Nur Hentschel, der immer eine einheitliche Front hören muß, widersprach dem Antrag. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den vom Unternehmer durchgeführten Lohnraub. Hier ist die Organisierung der Abwehr eine unbedingte Notwendigkeit. Kollegen, steht zur revolutionären Gewerkschaftsopposition! Nur diese führt den Kampf für höhere Löhne, gegen Lohnraub und Entlassungen.

Fordert in jeder Gewerkschaftsversammlung die Freigabe des Volkshauses an alle revolutionären Arbeiterorganisationen!

Auf, zum „Roten Tag“ nach Liegnitz!

Auch die Hagnauer Arbeiterkraft rüstet zum Roten Tag in Liegnitz. Nicht mit den Sozialdemokraten für eine kapitalistische Republik — nicht mit den Nationalfaschisten für ein Mussolini-Deutschland marschiert das Proletariat — sondern in der revolutionären Kampffront mit der kommunistischen Partei gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, für ein Sowjetdeutschland. Darum beteiligt euch restlos an dem Aufmarsch des revolutionären Proletariats. Sonntag, den 15. Juni, vormittags 7,30—8,30 Uhr, Platzkonzert der Arbeiter-Schulmehlschule am Wilhelmplatz. Anschließend Abfahrt nach Liegnitz.

Liegnitz

Die † † † Kommunisten

besitzen die Freiheit, ein „Rotes Treffen“ im Unterbezirk zu organisieren. So denken wenigstens die Panzerjagden. In ihrem Sadelblatt hämiert diese Felde etwas von „Geschäftshändigkeit“. Schon seit Tagen berichtet unsere Zeitung, daß dieser Tag am 15. Juni stattfindet. Trotzdem ist in der „Volkszeitung“ noch immer großes Häfeln. Man tippt auf den 23. Juni. Die Angst, daß der Geschäftshändige rote Tag am 22. Juni ein Reinfall wird, läßt sie aufschrecken. Für alle Proleten heißt die Parole: Heraus zum Roten Treffen am 15. Juni! Treffpunkt für alle Teilnehmer Lokal „Zum Hees“, Hauptstraße.

Landzelle gegründet!

Die Zelle Zeit hat ihr Vorhaben, in Feltensdorf eine Zelle zu gründen, durchgeführt. Ebenso wie letztesmal wurden wir aufgefordert, mit Zeitungen wiederzukommen. Heute wurde diskutiert über den Artikel in unserer Vorzeitung, „Unterdrückung im Landarbeiterverband“. Dieser Artikel hat viel Staub aufgewirbelt und Herr Marxhoff ist darüber im Druck. Daß er sich vor der Diskussion darüber drückt, ist schon bewiesen. Vorwärts, die junge Landzelle!

Aus dem Riesengebirge

Die Nazis aus Petersdorf verjagt!

Die Nazis wollten in Petersdorf eine Besammlung unter freiem Himmel abhalten. (Ein Lokal erhalten diese Boniditen unter dem

Druck der Arbeiter nicht.) Um 22 Uhr trafen gegen 100 uniformierte in Gruppenkolonne Marschierende am Platz vor dem Bahnhof ein. Schon um 21 Uhr hatte sich eine Menschenmenge angesammelt. Als ihr Häuptling Franke vom Auto aus zu sprechen begann, drohten spontan Pfui- und Rot-Front-Rufe ihm entgegen, so daß er nicht zu hören war. Aus Hunderten Reihen schallte den Arbeitern über die „Internationale“ entgegen. Sie haben wohl gefühlt, daß in Petersdorf kein Boden für sie ist. Auf Arraten der sehr stark vertretenen Polizei zogen sie ab, begleitet von Schmeißelworten der Arbeiter. Nach dem Abzug hielt unser Genosse Ende eine kurze, beifällig aufgenommene Ansprache.

Ein Gemeindevertreter bekommt fast soviel Gehalt, wie die Unterstützung für 700 Hungernde ausmachen würde

In der letzten Gemeindevertretersitzung in Petersdorf fanden folgende Punkte zur Verhandlung: 1. Einführung zweier bürgerlicher Vertreter; 2. Behandlung einer Petition von Gemeindefürsorgern, bei Submissionen die Arbeiten nicht immer an den Mindestfordernden zu vergeben. Es wurde in diesem Sinne beschlossen. Punkt 3: Eine Forderung des reaktionären Vertreters Döbrich, für beim Bau der Wasserleitung erlittenen „Schaden“ (trotzdem kaum ein Mensch in der Gemeinde an den Schaden glaubt, daneben wäre auch eine wirkliche Forderung verjährt). Es wurde dem Gemeindevorsteher angeheimgestellt, einen Teil seiner Forderung von 197 Mark anzuerkennen und mit den seit drei Jahren rückständigen Steuern zu verrechnen. Dann wurde der Etat beraten. Mit keinem Worte wurde die Höhe des Gemeindevorstehergehaltes von 8400 Mark genannt, wozu noch eine hohe Summe als Aufwandsentschädigung kommt. Zur Gehälterfrage wurde nur gesagt, daß die Regierung aufgefordert werden soll, die Höhe der Gehälter „nachzuprüfen“. Wir wissen im voraus, wie die Komödie einer Prüfung durch Leute mit noch höheren Gehältern ausfallen wird. Bezüglich der Gemeindevorteile an staatlicher Einkommen- und Körperschaftsteuer, über die noch nicht verfügt ist, entspann sich eine lebhafte Debatte. Der bürgerliche Gemeindevertreter Dr. Peter wollte, um zu verhindern, daß diese Gelder etwa zu Notstandsarbeiten oder zur Unterstützung ausgesteuerter Erwerbsloser freistünden, diese sofort für Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerausfälle-Ausfall oder deren Senkung festzulegen. Der Antrag fiel jedoch ins Wasser. Der Etat wurde gegen die Stimmen der SPD-Vertreter angenommen. Da der Antrag der Erwerbslosen auf eine Pfingstbeihilfe nicht auf der Tagesordnung stand, stellte unser Genosse Krüger eine diesbezügliche Anfrage, worauf der Gemeindevorsteher sich bequimte, unseren Dringlichkeitsantrag vorzulegen. Aber mit der Bemerkung: „Macht 11 000 Mark, ist undiskutabel!“ war er abgetan. Das Gehalt von 8400 Mark zuzüglich Aufwandsentschädigung für eine Person ist nicht zuviel. Aber nur etwas mehr für 700 bis 800 Kollektende ist zu hoch! Erwerbslose, laßt zu eurem Elend nicht noch den Lohn kommen. Stellt euch hinter euren Erwerbslosenausdruck, kämpft gemeinsam mit der SPD für eure Forderungen!

Arbeitsböden
von 4.50 bis 24 Mt.
Selbstverfertigung,
da konkurrenzlos
Breslau
Burgstraße 7
Krywałski

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9
Fahräder
und Ersatzteile
Zweiter Qualität sehr preiswert
Fahrradhaus Jettke
Bischofsstraße 3
Arden-Opel

Der Simon-Bericht

Am Dienstag wurde in London der erste Teil des Berichts der Simon-Kommission über die Lage in Indien veröffentlicht. Im zweiten Band folgen erst die Vorschläge der Kommission über die Möglichkeiten einer Reform der indischen Verfassung bekanntgegeben werden.

Der Ueberblick über die Lage in Indien, d. h. der ganze Inhalt des 1. Bandes des Simon-Berichts, ist darauf angelegt, die „Gründe“ aufzuzeigen, die eine Fortdauer der englischen Oberherrschaft in Indien rechtfertigen, ja geradezu fordern.

Die religiösen Gegensätze, sowie die Gegensätze zwischen den verschiedenen Kasten seien so tiefgehend, so unüberbrückbar, daß Indien niemals allein durch sich selbst regiert werden würde.

Die Stellung der Frau im sozialen Leben sei derart, daß an eine wirkliche Selbstregierung Indiens in längerer Zeit nicht zu denken sei.

Die sozialen Fragen erfordern ebenfalls auf lange Zeit hinein den „Schutz“ der englischen Verwaltung.

Die verschiedenen Zweige der Zivilverwaltung seien noch so ungenügend mit Indiern besetzt, daß den Indiern notwendigfalls noch auf Jahre hinaus die geeigneten Kräfte zur vollen Selbstregierung fehlten. Das bisherige Erziehungssystem könne diese Lücke nicht ausfüllen. Das Analphabetentum sei so groß, daß nur ein Drittel der Wahlberechtigten, die wiederum nur 3 Prozent der Bevölkerung ausmachten, ihr Wahlrecht hätten ausüben können. Ohne wirklichen Parlamentarismus aber sei an eine wirkliche Selbstregierung nicht zu denken.

Neben diesen und vielen anderen „Argumenten“ für die Notwendigkeit des britischen „Schutzes“ enthält der Bericht in seinem ersten Teil nur zwei konkret angeordnete Vorschläge: erstens die Befestigung der Doppelregierung in den Provinzen, durch die Zentralisierung des Politischen, Militärischen und Finanzwesens in der Hand der englischen Zentralbehörden, und zweitens die „Unabhängigkeit“ von Burma (Südpolen), eines reichen Kohlenfeldes, das England bei dieser Gelegenheit einfach in die Tasche zu stecken gedenkt.

Der Bericht schließt mit der freundlichen Versicherung, daß das „britische Volk“ mit der indischen „Selbstregierungs“-Bewegung „sympathisieren“ und sich verpflichtet fühle, Indien „auf seinem Wege zu helfen“.

Der Simon-Bericht hat in Indien wie eine Ohrfeige gewirkt. Selbst die indische bürgerliche Presse ist erschrocken über den Zynismus dieses imperialistischen Raubdokuments. „Bombay Chronicle“ schreibt: „Der Simon-Ausschuss beleidigt Indien“. Alle Blätter sind sich darin einig, daß der Bericht „viel schlimmer“ ist, als es die schlimmsten Befürchtungen ahnen ließen.

Macdonalds Regierungsorgan „Daily Herald“ dagegen deutet das niederträchtige Nachwerk der Simon-Kommission ohne jeden Vorbehalt.

Parteitag der K.P. der Schweiz

Basel, 11. Juni. An den Pfingsttagen fand in Basel der V. Parteitag der K.P. der Schweiz statt. Rund 140 Delegierte nahmen am Parteitag teil. Am Sonntagabend fand die Begrüßung des Parteitages und des Roten Jugendtreffens in einer großen öffentlichen Kundgebung der Basler Arbeiterkassen statt, auf welcher zahlreiche Betriebsarbeiter Ansprachen hielten. Während der Versammlung drangen 300 Polizeibeamte in das Lokal ein, verhafteten sämtliche Mitglieder der Arbeiterkassen sowie die Genossen Böhmann, Wetz, Krenn und Wieser. Das Vorgehen der Polizei löste unter den versammelten Arbeitern die größte Empörung aus, wovon die Polizei mit Gummiknüppeln auf die Menge einhieb.

In der Diskussion auf dem Parteitag wurde schärfste Kritik an der bisherigen opportunistischen Politik der Parteiführung sowie an den schweren Fehlern, welche bei den selbständig geführten Wirtschaftskämpfen begangen wurden, geübt. Nachher wurde das neue Zentralkomitee einstimmig gewählt. Das neue ZK besteht zu vier Fünfteln aus Betriebsarbeitern. Der Vertreter der Komintern hielt an dem Parteitag eine Ansprache, die von den Delegierten mit großer Begeisterung aufgenommen wurde.



76. Fortsetzung

Am zweiten Tag kommt Walter. In Berlin, in Hamburg, in Dresden, in vielen Städten Deutschlands stehen die Räder. „Wie ist die Stimmung?“ „Gut. — Hoffentlich halten sie aus!“ „Ich will Sophie nicht verlassen, solange sie liegen muß. Aber am vierten Tage gehe ich. Sie selbst will es so.“

Es hagelt Gestellungsbefehle, die Betriebe werden militarisiert, die beurlaubten Soldaten erhalten durch militärische Befehlsbefehle, die Arbeit aufzunehmen oder sich ihrem Truppenteil zu stellen.

Werden sie sich schrecken lassen vor der Drohung mit der Strafe? „Ich erwarte Langenscheid. Er kommt auch. Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes kommen und gehen in das Besetzungszimmer. „Wie steht's“, fragt ihr stummer Bild, jeden Tag. Und jeden Tag dieselbe Antwort: „Durchhalten!“

Sie gehen wieder, den Gestellungsbefehl in der Tasche. Sie fühlen, wie sich die Krallen des Militarismus über ihnen frampfen. Wenn sie geholt werden, einzeln, mit ausgepfanztem Gewehr, was dann?

Langenscheid sagt: „Die Bewegung läuft um den toten Punkt herum, wer das nicht sieht oder nicht sehen will, ist ein naiver Trottel oder ein bewaffneter Saboteur. — Wir haben nachher Sitzung, kommst du mit?“

„Ja!“

„Die Bewegung steht gut“, berichtet Riedel. „Die Einigkeit darf nicht wieder zerbrochen werden. Auch die Mehrheits-

Polen spielt mit dem Feuer des Krieges

Provokatorische Antwortnote an die Sowjetunion

Warschau, 11. Juni. Die am 5. Juni, mehr als einen Monat nach dem verheerenden Bombenanschlag auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau, in Moskau überreichte polnische Antwortnote an die Sowjetregierung, wurde gestern veröffentlicht. Die Note ist völlig nichtsagend. Sie stellt lediglich fest, daß die polnischen Behörden „trotz energischer Untersuchung“ kein Ergebnis erzielt hätten. Trotz der Schwere der Verbrechen, die nachforschungen „mit Energie fortgesetzt“ werden. Es sei „zu hoffen“, daß sie einen Erfolg zeitigen. Die Note schließt mit der „festen Versicherung“, daß Polen für die Sicherheit der in Polen lebenden offiziellen Vertreter der Sowjetunion „völliges Verständnis“ besitze.

Unterstützung zur Verfügung. Mit keinem Wort erwähnt die Note auch nur die Rolle der weisgardistischen Organisationen in Polen, deren Auflösung gefordert worden war. Die polnische Regierung denkt nicht daran, diesen Organisationen auch nur ein Haar zu krümmen.

Diese Tatsache findet eine eigenartige Illustration durch eine Veröffentlichung der Krakauer „Kurier“ vom 10. Juni. Nach diesem Blatt soll der Anschlag auf die Sowjetgesandtschaft von einer in Danzig konzentrierten weisgardistischen Organisation „Russische Wahrheit“ organisiert worden sein, deren Führer ein gewisser Adamowicz ist.

Die „Pravda“ weist darauf hin, daß dieser Adamowicz an den Personen gehöre, deren Ausweisung die Sowjetregierung nach der Ermordung Moskows verlangt habe. Die Veröffentlichung des Krakauer Blattes sei offenbar auf Veranlassung des polnischen Generals erfolgt, der damit die Sowjetnote beantwortete. Die „Pravda“ betont, es handelt sich hier nicht um lächerliche Provokationen der polnischen Obrigkeit, die sich eifrig bemühe, die Spuren ihrer dunklen Arbeit zu vertuschen, sondern um die gleichbewußte Vorbereitung des sowjetfeindlichen Krieges.

Diese polnische Note ist ein niederträchtiges Böhn auf die bewußte Friedenspolitik der Sowjetunion. Sie ist geradezu eine Provokation. Sie schweigt sich aus über die von der Sowjetregierung erhobene Forderung, über den Verlauf der Untersuchung informiert zu werden. Sie geht mit keinem Wort auf das provokatorische Verhalten der polnischen Untersuchungsbehörden ein, die trotz anfänglicher Zusage die Beteiligung eines Vertrauensmannes der Sowjetregierung an der

Blutiger Polizeiterrror in Oesterreich

Rotes Pfingsttreffen trotz Verbot — Versammlung mit dem Bajonett auseinandergelassen — Eine große Zahl Arbeiter verletzt

Wien, 10. Juni. Trotz Verbot der Schöber-Regierung führte der kommunistische Jugendverband im Traisental ein wichtiges Pfingsttreffen durch. Aus Steiermark, Kärnten, Oberösterreich waren Jungarbeiter auf Lastautos zum roten Treffpunkt herbeigeleitet. Unter dem Druck der Massen mußte die Regierung die Abhaltung einer Versammlung in einem geschlossenen Saal zubilligen. Als jedoch in diesem ein Regierungsvertreter erschien, um in provokatorischer Weise die Versammlung zu überwaschen, protestierten die anwesenden Arbeiter auf das Entschiedenste und erzwangen seinen Abzug. Nach Eröffnung der Versammlung erschien der Regierungsvertreter wieder. Diese Provokation wurde damit beantwortet, daß er sowie der Gendarmereikommandant verprügelt und die Treppe hinuntergeworfen wurden. Das Versammlungslokal war von der Gendarmarie umgeben, die jetzt in den Saal einzudringen versuchte.

an der öffentlichen Gewalt eingeleitet und befindet sich noch heute in Haft.

Die große Masse der Versammlungsteilnehmer wurde darauf mit der Bahn abtransportiert. Am Bahnhof kam es wiederum zu Zusammenstößen mit der Gendarmarie. Auch eine Zahl von Lastautos mit Teilnehmern aus der Steiermark und Kärnten, die zum Pfingsttreffen fahren wollten, wurden von der Gendarmarie abgehalten und gezwungen, wieder zurückzufahren.

Die Arbeiter setzten sich gegen diesen bewaffneten Überfall zur Wehr, indem sie mit Biergläsern, Flaschen und Stühlen die Gendarmen bewarfen. Der Gendarmereikommandant gab darauf das Signal zum Schießen. Ein Gendarm jedoch rief: „Nicht schießen!“, und es wurde tatsächlich nicht von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Dafür aber

Metallarbeiterstreiks in Belgien

Brüssel, 11. Juni.

Der Metallarbeiterstreik in Gent, an dem 5000 Arbeiter beteiligt sind, geht mit Erfolg weiter. Der Streik richtet sich gegen die Absicht der Unternehmer, die Teuerungszulage abzubauen. Bisher haben 29 kleine Firmen den Arbeitern zugestanden, die Teuerungszulage von zwei Franken im Tage nicht aufzuheben. Aber die großen Firmen zeigen sich weiter unachgiebig.

räumte die Gendarmarie mit dem Bajonett den Versammlungssaal, wobei eine große Zahl der Teilnehmer verletzt wurde.

In Molenbeek, einer Vorstadt von Brüssel, sind die Arbeiter eines Bettelclubs in den Streik getreten; sie fordern eine Lohnerhöhung um 5 Prozent.

In Knusbroeck haben sich die Arbeiter der großen elektrischen Werkstätten im Grundzuge für einen Streik ausgesprochen. Auch in Löwen befanden die Arbeiter die Absicht, sofort in den Streik zu treten.

Alle Versammlungsteilnehmer wurden als verhaftet erklärt und abgeführt. Der Zug marschierte, revolutionäre Lieder singend, eskortiert von der Polizei, durch den ganzen Ort. Es kam dabei zu heftigsten Sympathiekundgebungen der Traisentaler Arbeiter für die Verhafteten. Diese wurden in den Hof der Traisentaler Feintäscherei geführt. Auf dem Fabrikhof dieser Werke wurde eine rote Fahne gehißt. Auch die Fabrik war von den Traisentaler Arbeitern umgeben, die sich mit den Verhafteten verbündeten.

Massenentlassungen und Kurzarbeit im englischen Bergbau

London, 11. Juni. Die Krise im Kohlenbergbau verschärft sich immer mehr. In Derbyshire und Nottinghamshire müssen die Arbeiter mehrere Tage feiern. Die Schließung eines Anzahl der größten Gruben steht bevor, wodurch die Zahl der Arbeitslosen in England eine weitere beträchtliche Steigerung erfahren wird.

Eine große Zahl der Versammlungsteilnehmer wurde sofort den Gerichten vorgeführt und abgeurteilt. Eine andere Zahl von Verhafteten wurde den Kreisgerichten wegen Verbrechen

sozialdemokratie wird sich dafür einsetzen, daß die Gestellungsbefehle rückgängig gemacht werden.“

Langenscheid kämpft wie ein Löwe:

„Kollegen! Jetzt ist die Machfrage aufgerollt. Es liegt im Wesen der Dinge, daß es hier nichts mehr einzusetzen, nichts mehr zu verhandeln gibt. Jetzt heißt es „ausprechen, was ist“. Wenn die Arbeiter wieder in die Betriebe gejagt werden — durch irgendeinen Schacher — werden wir alle nach Kriegerecht abgeurteilt. Wißt ihr denn nicht, was ihr tut? Jetzt heißt es, die Arbeiterschaft zur offenen Rebellion aufzurufen, zur Solidarität mit den Urlaubern. Der Streik wird sinnlos, wenn ihm das Ziel genommen wird. Jetzt muß der Belagerungsstand fallen. Jetzt müssen Flugblätter unter die Soldaten. Jetzt müssen wir den Arbeitern offen sagen, daß die Frage steht: Sieg oder Niederlage! Jetzt müssen wir den Widerstand mit allen Mitteln organisieren. Jetzt müssen wir die Fahne erheben gegen den Krieg. Jetzt müssen wir begreifen, daß der Streik nur ein Anfang war — sonst sind wir verloren! Der Arbeiterrat muß jetzt handeln, schnell handeln.“

langen, die Genossen aus den Häusern zu holen. Ihr habt noch nichts gemerkt, wie sie dazwischen gedroschen haben. Ihr singt hier noch die Klagelieder von Jeremias, wenn sie hier schon hereinkommen und euch mit dem Kolben über den Schädel wüsten. Himmelskreuzdonnerwetter! Seid ihr denn von allen guten Geistern verlassen? Ihr quatscht hier von Verantwortung, und oben sitzen sie schon zusammen und schieben die Kiste. Wenn es dann soweit ist, reißt ihr Mund und Ohren auf. Wenn die Streikleitung und der Arbeiterrat nicht wissen, was los ist, dann sollen sie nur gleich einpadeln. In uns liegt es, zu handeln. Wenn wir in die Löcher kriechen, nützt unser ganzes Gequatsch nichts!“

„Geht das schon wieder los!“

„Immer die Spaltalisten und Unabhängigen.“

„Laßt euch man von Ebert und Scheidemann wieder einwickeln.“

„Wir wollen endlich Einigkeit!“

Riedel: „Kollegen, wir dürfen nicht so fortfahren. Es steht zuviel auf dem Spiel. Wir müssen zur Sitzung. Wenn ihr andere Vorschläge machen wollt: Ich will nicht im Wege sein.“

„Wünscht noch jemand das Wort? — Dann kommen wir zur Abstimmung, ob die alte Streikleitung des Betriebes weiter das Vertrauen hat.“

Eine Minderheit stimmt dagegen. Langenscheid lacht bitter. Krüger schüttelt mit dem Kopf. „Da staunste!“ sagt er fast automatisch.

Die Funktionärssitzung löst sich auf. Wir gehen zusammen fort. Militärpatrouillen marschieren durch die Wahlgangstraße mit geschultertem Gewehr. Wir gehen um die Ecke, leben die freilebenden Arbeiter an der Mauer auseinandergehen, als die Blauen „Weitergehen!“ kommandieren. Der Arbeiterrat findet von dem „Frieden“ mit Rußland und dem „Hellen-mühtigen Widerstand“ der deutschen Truppen im Westen. Am Schließigen Bahnhof steht eine lange Menschenmauer feldmarschmäßig eingeleiteter Soldaten, die auf den Zug warten, der sie hinausfährt. Wir steigen in die Botortbahn. Krüger bricht zuerst das Schweigen:

„Was soll nun noch kommen?“

Langenscheid schaut wie gelangweilt auf das Schild im Wagen: „Seid vorsichtig bei Gesprächen, Spionengefahr!“ und stellt fest: „Daß wir noch mal Wasser lassen gehen, damit man man von vornherein rechnet.“

(Fortsetzung folgt)

Hier ist zu verdienen! Circus Carl Hagenbeck

aus dem berühmten Tierpark
Stellingen-Hamburg
kommt nach **Breslau**
und sucht

möbl. Zimmer
m. u. ohne Kochgelegenheit
für 200 Artisten

Roßfleisch f. Raubtiere
Altes Brot für Bären
Frische Heinge für
Seelöwen und Walroße
Heu, Hafer, Weizenkleie für Elefanten und Pferde

Lehm und Sägespäne für die Manege

Nur schriftl. Off. an Geschäftsführer Willy Peters, Hotel Kronprinz

Mondschein-Promenadenfahrten
ab heute, den 12. Juni
bis auf Höhe Jungfernsee und zurück ohne Aussteigen
Abfahrt: Ohlauufer abends 8 Uhr
(in Breslau zurück abends 11 Uhr)
Preis für Hin- und Rückfahrt Erwachsene 1.—
Preis für Hin- und Rückfahrt Kinder 0.50
Tel. 551 74 **Rudolf Katteln** Tel. 551 74

Gebe hiermit meinen sehr geehrten Fahrgästen bekannt,
daß von jetzt ab an den Wochentagen meine Dampfer
nach **Wilhelmshafen, Tressden, Lanisch, Steine,**
Margareth fahren.
Abfahrt: Ohlauufer vorm. 10 Uhr, nachm. 2 Uhr
ab Margareth nachm. 2 Uhr, abds. 7 Uhr
Tel. 551 74 **Rudolf Katteln** Tel. 551 74

Möbel
Schlaf-, Speisezimmer,
Wohnzimmer, Küchen
auf
Kredit
auch Einzelmöbel,
Schränke, Vertikos,
Bettstellen usw. zu
niedrigsten Preisen.
Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9

Gustav Putzke, Breslau
Kletschkastr. 15 u. Bendorplatz 12
die billige Einkaufsquelle in
ff. **Fleisch- u. Wurstwaren**

Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

Kauf bei
Blasse
Blasse ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

Empfehlenswerte Lokale von Groß-Breslau

Konzertlokal
„Strehler Bierhalle“

13454 Ohlauer Straße 1/2

Reinhold Pohl & Co. / Inh. Kluge
Kornbrennerei
Mehlgasse 43 Matthiasstr. 7
13568

Gaststätte z. Lessing
Adalbertstraße 10
Treff sämtlicher Werktätigen!
Saal f. Vereinsfestlichkeit.
13430

„Drei-Kronen-Säle“ Breslau-Rosenthal

Säle für Vereinsfestlichkeiten / Tel. 500 34
Jeden Sonntag Tanz u. humor. Vorträge
Städtischer Auto-Omnibus ab Trebn. Platz—Gartenstr.
13440

Gaststätte „**LIEBICHSHÖHE**“
Inh. A. Andersch Telefon 272 33
Spezial-Ausschank der Haselbach-Brauerei
13578

Verlangt überall
„Weißer Raban“
13567

Hotel „**Gelber Löwe**“, Oderstr. 23
Treff sämtlicher Werktätigen
13431 Fremdenzimmer zu erm. Preisen

Bürgerl. Brauhaus Breslau
A.G. / Hubenstraße 44/48

empfeht ihre wohlschmeckenden u. bekömmlichen Biere
und zwar: Lagerbier, hell und dunkel
Bürgerbräu, hell
und Caramel-Tafel-Vollbier
13438

KUBETZKY'S
GESELLSCHAFTSHAUS
Mehlgasse 11
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag
Großer Fest-Tanz
Fernruf 59490 13437
Saal zu Festlichkeiten und Versammlungen

Pulvermanns Gaststätte
Berliner Platz 5
Gaststätte zum Altmeister
Friedrich-Wilhelm-Straße 61
13372



Trinkt den guten
Hennig-Crème!
Überall erhältlich!

Die bevorzugten **Gotthard-Meisner-Gaststätten** bieten Jedem nur das Beste

B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

Richard Krusch, Wurstfabrik
Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49
Matthiasstr. 166, N. Taschenstr. 30
Tiergartenstraße 35 13551

UHREN und GOLDWAREN
preiswert durch direkten Einkauf
bei Lewy, Alte Graupenstraße 6/10
Besichtigung ohne Kaufzwang
13383

Kauf bei **Blasse!**
Blasse ist billig!
13432

WILHELM SCHWARZ
Lagalle-Platz 1 ptr. (Karlsplatz)
Tuche und Futterstoffe
Größte Auswahl bei niedrigen Preisen
13394

Molkerei-Produkte
Richard Baumert, Ring 7
13391



Gegen Infektion
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich 13384

Silesia-Matratzenfabrik
Kupferschmiedestr. 44, Ecke Schuhbrücke
Metallbettstellen liefert gut u. preiswert Matratzen
Steppdecken 13594 Chaiselongues

Popoff Editer Joghurt-Käse
überall erhältlich 13875



Rube-Werke
Rudolph Ralhorn GmbH Breslau

Theodor Buchali
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter, Vogelkäfige
Käfig-Utensilien 13399

„**PIETAT**“
WILHELM SCHNEIDER
Beerdigungs-Anstalt
Begräbnis-Versicherung
„Deutscher Herold“
Schuhbrücke 58, 59, 60
Ecke Kupferschmiedestraße
Fernsprecher Nr. 54404
13565

Felix Kayser
MUSIKHAUS RING RATHAUS 26
13401 und Junkerstraße 11

W. Kelling

Reinigt / färbt / wäscht

UHREN
GOLD- UND SILBERWAREN
Emil Friesing, Juwelier
Inhaber A. Haupt
Albrechtstraße 5, Ecke Schuhbrücke
13386

P. Pohl Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik
13585 Filialen in allen Stadtteilen

R. Karsunky & Co. / Möbel

13588 Rosenthaler Straße 2, Ecke Matthiasstr.

Zentrum

Möbel-Weigt

Hauptgeschäft Nikolaistraße 7
Zweiggeschäft Bohrauer Straße 1
Größte Auswahl in Zimmern u. Einzelmöbeln
gut / schnell / billig
Teilzahlung nach Vereinbarung
13357

Beerdigungsanstalt
C. HEYMANN
Überführungen / Feuerbestattungen
Begräbnis-Versicherung
Breslau I, Klosterstraße 95/97
Tel. 58747 u. 58748
Zweiggeschäft: Gräbschener Straße 43
13373

West

Fleischer- und Wurstfabrik
Georg Fischer
Friedrich-Wilhelm-Straße 3
13398

Möbelhaus
Paul Lorenz
Nikolaistr. 61/62
13379

TEE :: KAFFEE :: KAKAO
nur im Spezialgeschäft
Renschestraße 45
Nähe Königsplatz
EIGENE RÖSTEREI
13392

Nord

Genossen
beim
Einkauf
beachtet
unsere
Inserten

Nord

BÄCKEREI UND KONDITOREI
Richard Scholz
Blickestr. 27, u. Waterloopl. u. Matthiasstr. 63/65
13429

Fahrräder :: Schallplatten
Zubehör
Paul Tangelst, Kohlenstraße 26
13388

Karl Lahn, Rosenthaler Straße 2
Eisenwaren — Küchengeräte
13393

LEBENSMITTEL
Ed. Strachotta
Ritter- und Garten-Markthalle, Galerie
Trebnitzer Straße 52
13435

Das echte Schlüterbrot
Vollkornbrot
Hermann Scholz / Bäckermeister
Gräbschener Straße 68
13385

Süd

Glas- und Bilderhandlung
Richard Wenzel, Gräbschener Str. 20
13394

Reserviert

Fahrradhaus OST
Klosterstraße 17
Neuer Fahrräder schon von Mark 38.50 an. Fahrrad-
teile konkurrenzlos billig
1.205

Schuhwaren
nur bei
Wilhelm Vogel
Scheiner Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 60
13352

Fainitz
BRESLAU, KLOSTERSTR. 39a
FERNRUF 29820
Eriedigt sämtl. Erd- u. Feuerbestattungen.
Modernes Sarglager zu streng sol. Preisen. 1.387